

Passus muß so bleiben, wie er in der Resolution steht. Das Amendement Luxemburg verlangt unter 4) eine weitgehende Ermächtigung der Gütertarife. Da in Punkt 3) meiner Resolution Ausbau des Wasserstraßensystems verlangt ist, so wäre es eine Abschwächung dieses Verlangens, wenn wir noch eine Ermächtigung der Gütertarife fordern wollten. Die ganze Resolution ist aufgebaut auf den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Ich kann in der Begründung der einzelnen Forderungen von diesem Grundgedanken nicht abgehen. Ich bitte Sie daher, meiner Resolution mit dem einen Amendement Vollmar Ihre Zustimmung zu geben.

In der Abstimmung wird das Amendement Luxemburg in allen seinen Theilen angenommen.

Dagegen wird der erste Theil des Amendements Vollmar (Streichung der Worte: Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich) mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der zweite Theil des Amendements Vollmar wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso die so umgestaltete Resolution Calwer.

Es folgt Punkt 9 der Tagesordnung: **Die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen.**

Hierzu liegt die Resolution (66) des Referenten vor, welche in neuer Fassung also lautet:

Der Parteitag wolle beschließen:

In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlssystem besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen in die Wahlagitation einzutreten, es sei denn, daß die lokalen Verhältnisse eine Wahlbetheiligung unmöglich machen, d. h. wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, daß in Folge der öffentlichen Stimmabgabe Maßregelungen zahlreich eintreten werden.

Inwiefern hiernach die Wahlbetheiligung in einem Wahlkreis unmöglich ist, darüber entscheiden die Parteigenossen des betreffenden Wahlkreises.

Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Partei-Vorstand das Centralwahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keinerlei Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen.

Ferner liegen vor die Anträge 5—12, die Resolution 56 und folgender von A. Hoffmann-Berlin und 74 Genossen neu eingebrachter Antrag:

Antrag 92: Am Schluß der Resolution ist der letzte Satz, beginnend „ohne dessen Zustimmung“ bis Schluß zu streichen und an dessen Stelle zu setzen:

„Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien, insbesondere Abmachungen gemeinsamer Aufstellung von Wahlmannskandidaten und Kandidaten für die Landtage sind nicht zulässig.“

Leдебонт und Genossen beantragen:

In dem vorletzten Absatz der Resolution Bebel sind die Worte „des betreffenden Wahlkreises“ umzuändern in: „des betreffenden Landtagswahlkreises.“

Quard und Genossen beantragen:

Der Parteitag wolle beschließen: auch in denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlssystem besteht, betheiligen sich die Parteigenossen an den Landtagswahlen. Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Partei-Vorstand das Centralwahlkomitee.

Das Wort erhält der Berichterstatter

Bebel: Parteigenossen! Wir befinden uns in der seltsamen Lage, daß wir heute zum vierten Mal in vier auf einander folgenden Parteitagen über die Stellung der Partei zu den preussischen Landtagswahlen zu beraten haben. Zum ersten Mal geschah es 1897 in Hamburg. Dort wurde mit 150 gegen

60 Stimmen der Kölner Beschluß auf Nichtbetheiligung durch Annahme des ersten Theils meiner Resolution aufgehoben. Der zweite Theil meiner Resolution, der die Weisung unserer Wahlbetheiligung regeln wollte, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit. Dagegen wurde beschlossen, daß bei unserer Betheiligung an den Landtagswahlen keinerlei Kompromisse mit bürgerlichen Parteien eingegangen werden dürfen. Dieser Beschluß erfuhr in Stuttgart lebhafteste Aufsechtungen. Es wurde gesagt, die Fassung sei derart, daß die Betheiligung an den Wahlen für diejenigen, die Neigung dazu hätten, durch das einschränkende Verbot, Kompromisse einzugehen, unmöglich gemacht sei. Die Dinge liegen eben auf Grund des preussischen Landtags-Wahlsystems so, daß ohne vorübergehende Kompromisse mit bürgerlichen Parteien an einen Erfolg für unsere Partei nicht gedacht werden kann. Der Kompromißgedanke aber war gerade der Hauptstein des Miß Erfolges in Hamburg. In Stuttgart wurde nun der Versuch gemacht, doch noch die Wahlbetheiligung durch Zulassung des Kompromisses zu ermöglichen. Folgende Resolution fand Annahme:

Die Betheiligung an den preussischen Landtagswahlen unter dem Dreiklassen-Wahlssystem kann nicht, wie die an den Reichstagswahlen, als eine Herrschaft betrachtet werden, als ein Mittel, durch die Zählung anderer Stimmen einen moralischen Erfolg zu erreichen, sondern nur als ein Mittel, bestimmt praktische Erfolge zu erzielen. Namentlich die Abwendung der Gefahr, daß die kräftigste Reaktion die Mehrheit im Landtag erlangt. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, erklärt der Parteitag, daß die Betheiligung an den Landtagswahlen nicht in allen Wahlkreisen geboten ist, um so weniger, als bei der Kürze der Zeit, die uns von den preussischen Landtagswahlen trennt, nicht darauf gedacht werden kann, die in dieser Frage jetzt weit voneinander gehenden Meinungen innerhalb der Partei einander so zu nähern, daß ein einheitliches Vorgehen der Gesamtpartei möglich ist.

Unter diesen Umständen überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Wahlkreise, über die Frage der Betheiligung zu entscheiden? Wird in einem Wahlkreis die Betheiligung beschlossen, so werden, falls es sich dabei um eine Unterstützung bürgerlicher Oppositionskandidaten handelt, die Kandidaten sich verpflichten müssen, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einföhrung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen entgegen zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schwächen oder zu beseitigen.

Wenn neuerdings wieder von den Gegnern einer derartigen Taktik gesagt wird, daß das Kompromißverfahren die Partei fortaunpire, so muß darauf hingewiesen werden, daß der Stuttgarter Parteitag beinahe einstimmig dieser Korruptionspolitik zugestimmt hat. In Hannover habe ich dann bei der Erweiterung des Buchs des Genossen Bernstein in meine Resolution folgenden Absatz aufgenommen:

„Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, und betrachtet es demzufolge als geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erobern, um mit Hilfe derselben durch Herbeiföhrung der Produktionsmittel und Einföhrung der sozialistischen Produktions- und Austauschweise die größtmögliche Wohlfahrt Aller zu begründen. Um dieses Ziel zu erreichen, benützt die Partei jedes mit ihren Grundanschauungen vereinbare Mittel, das ihr Erfolg verspricht. Ohne sich über das Wesen und den Charakter der bürgerlichen Parteien als Vertreter und Verfechter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu täuschen, lehnt sie ein Zusammengehen mit solchen von Fall zu Fall nicht ab, sobald es sich um Stärkung der Partei

bei Wahlen, oder um Erweiterung der politischen Rechte, oder Freizeiten des Volkes, oder um eine ernsthafte Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und der Förderung von Kulturaufgaben, oder um Bekämpfung der Arbeiter- und volksfeindlichen Bestrebungen handelt. Aber die Partei bewahrt sich überall in ihrer Thätigkeit ihre volle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit und betrachtet jeden Erfolg, den sie erringt, nur als Schritt, der sie ihrem Ziele näher bringt."

Ich war der Ansicht, daß mit diesem Wortlaut auch die Frage unserer Beteiligungs an den Landtagswahlen entschieden sei. Dem wurde von Liebschütz und Anderen widersprochen und deshalb wird sie heute zur Entscheidung gebracht werden. Ueber die Frage selber kann nichts Neues mehr gesagt werden, auf die Verhandlungen der früheren Parteitage will ich nicht des Weiteren eingehen. Zum Mindesten muß einmal der ernsthafteste Versuch gemacht werden, auch im preussischen Landtag Boden zu gewinnen, und da dies selbständig für uns nicht möglich ist, müssen wir mit solchen Elementen aus den bürgerlichen Parteien zusammengehen, mit denen ein Zusammengehen auf politischem Boden und auch in bestimmten wirtschaftlichen Fragen für uns nahe liegt, und die bereit sind, einem Kandidaten von uns ihre Stimme zu geben, wofür wir ihnen helfen würden, ihren Kandidaten durchzubringen. Was in Bayern und Baden thatsächlich bereits geschehen ist, das ist auf die preussischen Verhältnisse zu übertragen. Würde die heute eingebrachte Resolution Hoffmann angenommen werden, dann würde die ganze Frage wieder auf den Boden des Hamburger Beschlusses gestellt sein. (Sehr richtig!) Wird diese Resolution angenommen, dann ist jede Wahlbeteiligung thatsächlich unmöglich gemacht. Wir können nicht selbstständig auftreten, wir müssen versuchen, mit bestimmten Elementen in den bürgerlichen Parteien bei den Wahlen Hand in Hand zu gehen, ohne daß unsere Selbstständigkeit dadurch beeinträchtigt wird.

Ich spreche nun in meiner Resolution aus, daß die Parteigenossen verpflichtet sein sollen, das nächste Mal in denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlssystem besteht, in die Wahlagitation einzutreten, es sei denn, daß die lokalen Verhältnisse eine Wahlbeteiligung unmöglich machen. So lautete anfangs der erste Satz meiner Resolution. Ich habe mich aber dann gemäßigt gesehen, ihr noch einen Zusatz zu geben, weil von den verschiedensten Seiten mit großer Hartnäckigkeit behauptet wurde, wenn dieser Satz so stehen bliebe, so könnte er zu Mißverständnissen Veranlassung geben und Denjenigen, die überhaupt nicht geneigt sind, in eine Wahlagitation einzutreten, obwohl sie es könnten, eine Hintertür bieten. Ich habe daher eine Interpretation gegeben, indem ich hinzufügte, „d. h. wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, daß zufolge der öffentlichen Stimmabgaben Maßregelungen zahlreich eintreten werden". Das kann also nur der einzige Grund sein, aus dem eine Wahlbeteiligung unterbleibt; alle übrigen Gründe, die sonst angeführt werden sollten, sind ausgeschlossen. Insbesondere würde, wenn meine Resolution Annahme findet, kein sächsischer Wahlkreis fernerehin die Möglichkeit haben, zu sagen, er beteilige sich nicht. Auch unsere sächsischen Genossen, soweit sie sich entgegen den Beschlüssen der Landeskonferenzen nicht an den Wahlen beteiligen, sollen künftig verpflichtet werden, sich zu betheiligen, also keine Sonderstellung mehr einzunehmen. Wir dürfen es überhaupt nicht einreichen lassen, daß es von dem Willen einzelner Wahlkreise abhängt, ob sie die Beschlüsse des Parteitags oder der Landeskonferenzen respektieren wollen. Es ist Pflicht der Minderheit, sich zu unterwerfen, mag es ihnen auch noch so unangenehm sein. (Sehr richtig!)

Im Jahre 1898 nun haben sich auf Grund des Stuttgarter Beschlusses eine Reihe von Orten in Preußen an den Wahlen betheiligt: Oreslau, Emden, Brandenburg, Elberfeld, Altona, Frankfurt a. M. Die Resultate sind sehr er-

schieben, aber sie können nicht maßgebend sein für den Gesamterfolg, weil in Folge der schwankenden Haltung des Parteitags die Beteiligungs in Belieben der einzelnen Genossen gestellt war und weil naturgemäß ein derartiges getrenntes Marschieren die Kampffähigkeit schwächt. (Sehr richtig.) Dem muß entgegengetreten werden. Wenn wir in den Wahlkampf eintreten, müssen wir mit aller Macht und aller Kraft eintreten, dann darf es kein Zaudern, keinen Widerspruch geben. Aber wie immer Sie über die Wahlbeteiligung denken mögen, ich halte es für dringend geboten, daß namentlich in Preußen einmal die Partei mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft in die Agitation eintritt, um zu zeigen, zu beweisen und selbst zu erkennen, was sie zu leisten vermag. Es ist sehr leicht möglich, daß ganz unerwartete Resultate zum Vorschein kommen, denn dadurch, daß nicht wie früher die Steuerkraft des ganzen Wahlkreises in drei gleiche Theile getheilt und so die Wählerzahl festgesetzt wird, sondern daß diese Dreitheilung bereits in den Urwahlbezirken stattfindet, ist es sehr wohl möglich, daß wir in einer ganzen Reihe von Urwahlbezirken Erfolge erzielen, wo es früher nicht möglich war. Bei den Wahlen im Jahre 1893 z. B. schloß in der ersten Abtheilung die Grenze der Steuerleistung ab mit 5 Mk. in einem Urwahlbezirk, d. h. mit 5 Mk. direkte Steuern zahlte, war in diesem Bezirk Wähler erster Klasse. Mit 5—20 Mk. schloß in der ersten Abtheilung die Steuerleistung ab in 9 Bezirken, mit 20—30 Mk. in 30 Bezirken. Nun ist ja die erste Wählerklasse selbstverständlich hier außer Betracht zu lassen. In der zweiten Abtheilung liegt die Sache schon anders; da war in 2738 Urwahlbezirken die Steuerleistung zwischen 5 und 30 Mk. In der dritten Abtheilung schloß die Steuerleistung mit 3 Mk. in 274, mit 3—10 Mk. in 3754, mit 10—20 in 4303 und mit 20—30 in 3111 Urwahlbezirken. Berlin selbst bietet uns ein ganz eigenthümliches Bild. Im ersten Berliner Wahlkreis schloß die zweite Wählerklasse ab in den Urwahlbezirken 218 und 296 mit 26 Mk., im Urwahlbezirk 204 mit 9 Mk. Da haben wir also schon die Möglichkeit, sogar in der zweiten Klasse den Sieg zu erlangen. Im zweiten Berliner Wahlkreis schloß die erste Wählerklasse ab im Urwahlbezirk 324 mit 44 Mk., im Urwahlbezirk 385 mit 20 Mk.; die zweite Wählerklasse schloß in den Urwahlbezirken 324, 340 mit 4 Mk., 359, 365 und 367 mit 9 Mk., im Urwahlbezirk 370 und 393 mit 6 Mk. ab. Das sind Steuergrenzen, bei denen wir unzweifelhaft Wahlmänner zweiter Klasse wählen dürften. Im dritten Berliner Wahlkreis schloß die erste Wählerklasse ab in den Urwahlbezirken 938 und 909 mit 26 Mk., im Urwahlbezirk 880 mit 12 Mk. Die zweite Wählerklasse in den Urwahlbezirken 860, 909, 1042, 1052, 1068, 1069, 1071 mit 6 Mk. Im vierten Berliner Wahlkreis schloß die erste Wählerklasse im Urwahlbezirk 695 mit 27 Mk., in den Urwahlbezirken 508 und 602 mit 26 Mk. ab, die zweite Wählerklasse schloß in den Urwahlbezirken 598, 577, 602 und 695 mit 6 Mk. ab. Bei geschickter Operation sichern solche Bezirke uns einzelne Wahlmänner zweiter Klasse, während wir die dritte Klasse in den weitaus meisten Fällen erobern können. Dazu kommt, daß der Urwahlbezirk mindestens 750 und höchstens 1740 Seelen umfassen darf, wir haben also in Berlin Urwahlbezirke, die aus 2—3 Häusern bestehen, wo also die Agitation sehr erleichtert ist.

Ich will durchaus keine Illusionen über die möglichen Erfolge erwecken, ich will nur nachweisen, daß die Dinge keineswegs so ungünstig liegen, wie allgemein angenommen wird. In denjenigen Bezirken, wo eine große industrielle Arbeiterschaft vorhanden ist, wo also reiche Leute so gut wie gar nicht wohnen, ist es uns möglich, nicht nur die gesammte dritte, sondern auch einen Teil der zweiten Klasse zu erobern, und vor Allem wären wir in Teltow-Weeslow im Grunde gewesen, durch eine Wahlbeteiligung zu verhüten, daß zwei der schlimmsten Arbeiterfeinde in den Landtag gekommen wären. (Sehr richtig!) Ich meine Felsch, dessen Name denselben Klang hat wie Stumm, und den Großgrundbesitzer Ring. Unter solchen Verhältnissen lohnt es sich zum Mindesten der

Masse, daß wir Alles anbieten, zu sehen, wie weit wir bei den Wahlen ins Volk dringen können. Ich gebe mich gar keiner Illusion hin über die Bündlichkeitsfähigkeit der betreffenden bürgerlichen Parteien; ich gebe den Gegnern jedes Kompromisses mit bürgerlichen Parteien vor vonherem zu, daß der Zeitraum der letzten drei Jahre seit unseren ersten Verhandlungen keineswegs dazu angethan ist, die Hoffnungen auf die bürgerlichen Parteien sonderlich zu stärken. (Sehr richtig!) Aber auf der anderen Seite ist doch auch in Erwägung zu ziehen, daß es immerhin eine Minorität giebt, mit der ein Zusammengehen in dieser Frage möglich ist. Ich will, daß wir zunächst wenigstens mal einen ehrlichen Versuch machen. Mißlingt der Versuch, dann werden auch die eifrigsten Anhänger der Wahlbeteiligung von selbst ein zweites Mal sich der Wahl enthalten. (Redebour: Sehr erfreulich.) Das sage ich deshalb, weil, wenn ich es nicht sagte, diese Frage auf einem späteren Parteitage von den Gegnern angegriffen würde. Dann will ich aber selbst dabei sein und mitreden, vorausgesetzt, daß ich noch lebe, was ich hoffe.

Es ist heute vielfach und mit einem gewissen Recht in unserer Partei die Ansicht vertreten, daß wir ich weiß nicht welche Hoffnungen auf bestimmte Kreise des Bürgerthums setzen können. Die das hoffen, werden durch das Mißlingen des Exempels ad absurdum geführt. Gelingt aber das Exempel, so haben wir keine Ursache, uns zu ärgern. Denn so liegen die Dinge nicht, daß wir nicht die Hilfe der entschiedenen bürgerlichen Elemente für unseren eigenen politischen Befreiungskampf gebrauchen können. Im Gegentheil, es ist bedenklich, daß die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland es dahin gebracht haben, daß das Bürgerthum mehr und mehr ins reaktionäre Lager abhwehnt. Und was insbesondere das bisher noch bis zu einem gewissen Grade als Oppositionspartei geltende Zentrum betrifft, so haben wir ja in den letzten Jahren aus seiner Flottenpolitik, Militärpolitik, Weltmachtpolitik und insbesondere aus der famosen Lieber'schen Rede in Bonn zur Genüge kennen gelernt, was von jener Seite zu erwarten ist. Ich käufte mich nach dieser Richtung nicht; auch in einer ganzen Reihe anderer Fälle hat das Bürgerthum diejenige Pflicht nicht erfüllt, die es sehr gut hätte erfüllen können ohne Schaden für sein Renommee. Ich erinnere an gewisse Vorgänge im preussischen Landtag und bei den Nachwahlen der letzten Jahre. Aber all das kann uns nicht von einem ernsthaften Versuch abhalten. Ich bitte Sie dringend, alle zu meiner Resolution gestellten Anträge abzulehnen. Das, was in der Resolution gesagt ist, genügt zur Klärung unserer Stellungnahme.

Es ist nun heute hier ein Flugblatt von Ged verteilt worden, das auf gewisse Vorgänge bei den Landtagswahlen in Baden zu sprechen kommt, die allerdings, wenn sie richtig sind, was ich vorläufig nicht bezweifle, ein bedenkliches Licht auf die Taktik werfen, die ein Theil unserer Genossen in Baden beobachtet hat. Ich erkläre rund heraus, daß ich, falls die Beteiligung beschlossen wird und irgendwo im Lande unsere Genossen eine ähnliche Taktik beobachten, wie die Karlsruher, das auf das Entschiedenste verurtheilen würde. Ich verlange ja auch in meiner Resolution, daß für Preußen der Partei-Vorstand das Zentralwahlkomitee bildet und voraussichtlich wird ja auch im Jahre 1903, wo unter normalen Verhältnissen die allgemeinen Wahlen stattfinden, ein Theil der Vorstandsmitglieder für, ein anderer gegen Beteiligung sein. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß der Vorstand überall da, wo er auf Grund der Resolution die Wahl der Entscheidung hat, den richtigen Weg finden und dafür sorgen wird, daß Vorgänge wie in Baden vermieden werden. Gerade darin, daß eine Centrale die Sache von einheitlichen Gesichtspunkten aus leitet und daß die einzelnen Wahlkreise sich mit der Centrale in Verbindung setzen müssen, liegt eine Garantie für die Vermeidung solcher Vorkommnisse. Ich bitte Sie, meine Resolution möglichst einstimmig anzunehmen. (Beifall.)

Singer: Von einer einstimmigen Annahme der Bebel'schen Resolution wird kaum die Rede sein. Er hat die historische Entwicklung durchaus richtig dargestellt. Ich stimme mit ihm auch vollkommen darin überein, daß Neues in der Frage nicht mehr gesagt werden kann. Das Dreiklassenwahlsystem an sich ist es selbstverständlich nicht, das mich zu einem Gegner der Beteiligungsfrage an den Landtagswahlen macht. Wenn ich die Hoffnung hätte, ja wenn ich nur die Möglichkeit sehen könnte, daß, allerdings unter der Voraussetzung der selbständigen Beteiligung, es der Partei möglich wäre, einen oder mehrere Abgeordnete in den preussischen Landtag zu schicken, so würde ich einen Versuch mit der Beteiligung empfehlen. Aber ich bestreite, daß es möglich ist, und auf dem Wege, auf dem Bebel es möglich machen will, kann ich ihm nicht folgen. (Sehr richtig!) Der Eintritt von Sozialdemokraten in den preussischen Landtag ist nur mit Hilfe bürgerlicher Parteien möglich, und — ich wende das Wort, das ich jetzt sagen will, gewiß nicht an die Adresse Bebel's; ich kenne ihn zu gut — auf den politischen Kuhhandel lasse ich mich nicht ein (sehr gut); die Bündnisse, die wir mit den bürgerlichen Parteien schließen können zu dem Zweck der Erzielung einiger Landtagsmandate, werden durch die Vortheile, die die Anwesenheit einiger sozialdemokratischer Abgeordneter im Landtag hat, nicht aufgewogen. Das Verlassen des Standpunkts, der, wie ich sage, die Partei groß und stark gemacht hat, und der erhalten bleiben muß, das Verlassen des Standpunkts, die politischen Erfolge zu erzwingen genügt auf die eigene Kraft, halte ich für viel gefährlicher, als daß es aufgewogen werden könnte durch ein paar Mandate. Nun sagt Bebel: Die Verhältnisse liegen nicht so ungünstig, man kann in Folge der veränderten Steuererhebung in Preußen vielleicht auch in der zweiten und ersten Abtheilung Wahlmänner bekommen. Ich gebe das ohne Weiteres zu, das sind aber so vereinzelte Fälle, daß sie in Verbindung mit den Wahlmännern der III. Abtheilung absolut nicht im Stande sind, einen Abgeordneten durchzusetzen. Was nützen mir die zwei oder drei oder fünf oder zehn Wahlmänner in der II. Klasse, wenn dagegen 800 bürgerliche stehen! Was machen mir die ein oder zwei Wahlmänner, die die Philantropen oder Idealisten aus der ersten Wahlabtheilung für uns geben! Gewiß, diese Konstatierung mag zur Charakterisirung, wie weit der soziale Gedanke in die bürgerlichen Kreise eingedrungen ist, ganz wünschenswert sein, aber man soll sich doch nicht einreden, daß man durch diese paar Wahlmänner etwa das Wahleresultat zu einem sozialdemokratischen machen kann, wenn eben der Handel nicht gemacht wird. Ich kann mir also nicht helfen: Die Zahlen, die Bebel angeführt hat, deren Richtigkeit ich durchaus nicht bestreite, sind durchaus kein Beweis dafür, daß wir durch eigene Kraft auch nur einen einzigen Abgeordneten bekommen können. Nun wird man uns vielleicht darauf verweisen, daß wir ja doch bei den Reichstagswahlen auch für bürgerliche Kandidaten stimmen. Es ist aber durchaus etwas anderes, ob ich in der Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Freisinnigen diesem die Stimme gebe oder ob ich als sozialdemokratischer Urwähler für einen Freisinnigen oder Zentrumsmann stimme. (Sehr gut!) Das ist der gewaltige Unterschied, der von den Befürwortern der Landtagswahlbeteiligung nicht genügend erkannt wird. (Sehr richtig!) Doch nur dann erst, wenn wir selbständig in die Wahlbewegung eintraten und keine Bündnisse schließen und keine gemeinsamen Kandidaten aufstellen, kann auch das Exempel, das Bebel will, gemacht werden, können wir die Stärke unserer Partei zum Ausdruck bringen. Aber wie will Bebel, wenn bei den Urwahlen Bündnisse mit bürgerlichen Parteien gemacht werden, feststellen, wie viel Prozent der Urwähler sozialdemokratisch gewesen sind? Will man das, dann müssen die alten Grundsätze innegehalten, sozialdemokratische Wahlmänner aufgestellt werden; die kann man dann genau so handeln lassen wie sozialdemokratische Wähler bei den Reichstagswahlen handeln, d. h. eventuell

das kleinere Uebel erwählen. Beschließt also der Parteitag die Betheiligung, dann kann es geschehen entsprechend den bisherigen Grundfäden durch selbstständige Betheiligung. Ich werde gegen alle Resolutionen stimmen, weil ich mir keinen Erfolg von einer selbstständigen Betheiligung verspreche; in der Vorabstimmung werde ich, um in den schädlichen Beschluß eine Korrektur hineinzubringen, für die Resolution Hoffmann stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Geß: Ich habe deswegen zur Einleitung der Diskussion das Wort ergriffen, um über den Zweck der Ausbeilung meines Flugblatts keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen. Die Tendenz eines habsbischen Parteikreises hier aufzurollen liegt mir fern; ich berichte nur etwas, was schon bekannt ist, lediglich, damit es als Material dienen soll und für den Fall, daß die Genossen anderer Länder den Versuch machen sollten, Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien abzuschließen, sie nicht dieselben bedauerlichen Erfahrungen machen sollen wie wir. Denn gesündigt wird innerhalb und außerhalb der Grenzen unseres habsbischen Provi- und Münsterlandes in Deutschland, in Bayern ebenso wie in dem hellen Sachsen. Wir haben aus Opportunität oder aus Mangel einer richtigen Ueberlegung im Drange der Verhältnisse Dinge gethan, die unsere Prinzipienreinheit getrübt haben. Das ging aber nicht anders, wenn wir mit den uns zunächst stehenden bürgerlichen Parteien zusammen gehen, die wir auf anderen Gebieten bekämpfen müssen. Wir gehen mit ihnen für die kurze Wahlzeit eine organische Ehe ein (Heiterkeit) und sind die Klitterwaffen der Wahlzeit vorbei, dann bitten wir sie „und grüß mich nicht unter den Linden.“ Und da wundern Sie sich, daß wir nachher bei den Wahlen in der Stimmenzahl zurückgegangen sind? Muß das die Wähler nicht verwirren, wenn sie gegen den Kandidaten stimmen sollen, den wir ihnen noch vor einem Jahre empfohlen haben als einen, der unsere Interessen ebenso gut vertreten werde wie wir? Was ich vorgelegt habe, sind keine Geheimnisse, es handelt sich bei mir nicht um persönliche Rantline. Kein habsbischer Genosse hat die persönliche Schuld an dem, was vorgekommen ist. Aber ich bitte die Genossen doch, wenn sie in die Verjüngung kommen, mit bürgerlichen Parteien Kompromisse abzuschließen, das Blättlein, das ich ihnen gegeben, in die Hand zu nehmen, ihr Morgengehet damit zu verrichten (Heiterkeit) und sich vor Augen zu halten, was sie bei dem Verhandeln mit bürgerlichen Parteien zu erwarten haben. (Beifall.)

Meiß-Köll: Meine Mandatgeber können sich nicht damit befreunden, daß sie sich an den preussischen Landtagswahlen betheiligen sollen. Sie hätten es für eine Zeit- und Geldverschwendung. (Sehr richtig!) Es wird dadurch nur Konfusion erzeugt und die Kampfpreise gegen die bürgerliche Partei vermehrt. (Sehr richtig!) Geß hat ein kleines Beispiel dafür geliefert, wie weit man in Baden mit den Kompromissen gekommen ist. Geht das so weiter, so kommen wir dahin, daß wir schließlich an unsere eigene Mission nicht mehr glauben. (Oh! Oh!) So wird man die Kompromißkunstlei doch nicht ausstippen wollen, daß mit allen Parteien Kompromisse geschlossen werden dürfen. Es kommen hauptsächlich die Freisinnigen in Betracht. In meinem Kreise besteht nicht die geringste Sympathie für die Freisinnigen, die in schmutzigster Weise den Kampf gegen uns geführt haben. Einige freisinnige Fabrikanten dort verbieten ihren Arbeitern sogar den Verkehr mit uns anzugehen. (Hört! Hört!) Wenn Nebel selbst bei uns in dem Kreise mit Engelszungen reden wollte, er könnte die Genossen dort nicht zu einem Kompromiß mit den Freisinnigen bewegen. Ich bin nach wie vor gegen jede Betheiligung. Sollte sie aber beschloffen werden, so müßte wenigstens der Selbstständigkeit der Wahlkreise die Entscheidung überlassen werden. (Bravo!)

Lebehour: Die Gegner und Anhänger der Betheiligung sind darin ganz einig, daß es äußerst wünschenswert wäre, wenn wir in allen Landtagen Vertreter hätten. Auch darin stimmen wir überein, daß die Agitation bei den

Landtagswahlen, ob sie nun zu Erfolgen führt oder nicht, immerhin günstige Ergebnisse haben wird. Wenn wir Gegner an der Betheiligung bei den preussischen und sächsischen Landtagswahlen, die hauptsächlich dabei in Betracht kommen, uns nicht für die Resolution Uebel erklären können, so liegt das daran, daß wir die Nachteile, die aus dem Eintreten der Partei in die Landtagswahlen hervorgehen müssen, für viel gefährlicher halten als die Vorteile. Ich will zunächst auf unsere Verbesserungsanträge zur Verbesserung der Betteiligung zu entscheiden haben. Die gegenwärtige Fassung ist doppeldeutig: beim vorjährigen Versuch ist die Fassung so ausgelegt worden, daß die Genossen der Reichstagswahlkreise die Entscheidung haben sollten. Das ist widersinnig; der Kreis, der die Wahl vorzunehmen hat, muß entscheiden. In Berlin sind vier Landtagswahlkreise und sechs Reichstagswahlkreise, und die Grenzen dieser Kreise decken sich natürlich nicht. Wird die Betteiligung beschloffen, dann müssen aus den dort organisierten Genossen Nebenorganisationen geschaffen werden, die die Arbeit bei den Landtagswahlen durchzuführen haben. So wie in Berlin Neß ist liberal, auch in Sachsen. Das hat zu Streitigkeiten geführt. Wenn in einem Landtagswahlkreis zwei Reichstagswahlkreise darin stecken, so ist es vorgekommen, daß der eine Kreis gesagt hat: wir machen mit, und der andere; wir machen nicht mit. Gewiß hat es seine Schwierigkeit, neue Organisationen dafür zu schaffen, aber mühevoll ist sie nicht, und den Leitern der Reichstagswahlkreise ist es wahrscheinlich ganz angenehm, wenn sie sich nicht damit zu befassen brauchen. Ich warne, einen Antrag anzunehmen, der, wie ich höre, eingebracht werden soll, wonach die Landtagswahlkreise zwar die Leitung haben, aber gebunden sein sollen an die Zustimmung der Landeskonferenzen. Das heißt die Streitigkeiten in die Provinzen hineinbringen. Ferner haben wir den Verbesserungsantrag 92 gestellt. Uebel hat ganz recht, er ist im Geiste der Hamburger Resolution gehalten, nur trifft er besser und gründlicher, was getroffen werden soll. Wir wollen auf jeden Fall Wahlbindnisse verhindern, weil Unannehmlichkeiten schlimmster Art für die Partei die Folge sein müssen. Ein klantes Beispiel ist der Offenburger Fall. Derartige Verkommnisse liegen aber in der Natur der Sache. In Sachsen sind die Parteiverhältnisse zum Glück derartig ausgeglichen, daß die sozialdemokratische Partei, die nach Bindnissen haften geht, keine bürgerliche Partei findet, die Bindnisse mit ihr eingehen möchte. Für Sachsen ist die Gefahr also ausgeschlossen, der Freisinn ist auf ein winziges Häufchen zusammengeschmolzen und ist in Hina lieber mit Noß und Wagen in reaktionäre Antisemitenlager gezogen, als in der Stichwahl für unseren Kandidaten zu stimmen. Und die Antisemiten sind so in der Verkrümmelung begriffen, daß die Liebermannianer und Zimmernannianer sich bald gegenseitig nicht mehr für bindnisfähig halten werden. Und in Jena die National-Sozialisten, sie, die zuerst auf Waffemann herunklopfen, bis er ganz müde wurde, sie, die sich zu einer Arbeiterpartei auswachsen möchten, sie haben in der Stichwahl gegen unsere Kandidaten entschieden. Jetzt, wo sie ein Wahnenprogramm aufgestellt haben, werden sie zu Wahlbindnissen noch weniger bereit sein. Da wir der Ueberzeugung sind, daß die Fassung Uebel's die reine Utopisterei ist (Widerspruch), da wir glauben, daß bei der Wahlbetheiligung nichts für uns herauskommt, und selbst wenn etwas herausspringt, der Schaden für die Partei aus dem Bündniß mit bürgerlichen Parteien bedeutend größer ist als der Nutzen, so verlangen wir, daß alle Bündnisse mit bürgerlichen Parteien ausgeschlossen sein sollen, wenn man sich überhaupt für die Betteiligung entscheidet.

Singer theilt mit, daß Adolf Hoffmann-Berlin, der als Mitglied der Kontroll-Kommission vorgeschlagen ist, um Streichung seines Namens in der Vorschlagsliste ersucht, da er eine Wahl nicht annimmt.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

8 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion über die **Betheiligung an den Landtagswahlen** wird fortgesetzt. Der Antrag Quard ist zurückgezogen. An seiner Stelle ist ein neues Amendement Quard zur Resolution Bebel eingegangen, wovon die Worte „es sei dem“ . . . bis „des betreffenden Wahlkreises“ gestrichen werden und im ersten Absatz hinter „bei den nächsten Wahlen“ die Worte „mit eignen Wahlmännern“ eingefügt werden sollen.

Haase (Königsberg): Wer grundsätzlich den Bebel'schen Standpunkt theilt, thut gut daran, seine Resolution nicht schlandweg anzunehmen, sondern mit dem eben eingebrachten Amendement. Aus den Ausführungen Singer's scheint mir in der That das Beachtenswerthe zu sein, daß wir die Stärke unserer Partei nicht feststellen können, wenn wir nicht zunächst vollständig in die Wahlbetheiligung eintreten. Dazu kommt, daß wir in den rückständigen Gegenden die jungen Genossen und noch zu erziehenden Leute verwirren würden. Die Resolution Bebel kann deshalb nicht angenommen werden, weil sie eine Annahme hantirt von der Wahlbetheiligungspflicht und eine Hintertür den Gegnern und lauen Freunden der Wahlbetheiligung öffnet, durch die sie, da man es ihnen so leicht macht, schlüpfen werden. Bebel meinte, wir müßten dafür sorgen, daß endlich die Frage erledigt wird. Nehmen wir aber diese Resolution mit dem von ihm gestülpten Zusatz an, dann zweifle ich keinen Augenblick daran, daß sofort beim nächsten Wahlaufsatz die Streitigkeiten und Klagen losgehen werden. Gegen die Wahlbetheiligung selbst sind irgend erhebliche Argumente nicht vorgebracht worden (sehr wahr!), und wir würden eine kapitale Dummheit begehen, wenn wir uns nicht betheiligen wollten. (Lebhafte Zustimmung.) Was soll uns abhalten? In den Großstädten kann jeder Arbeiter seiner sozialdemokratischen Bestimmung offen Ausdruck geben. Auf die abhängigen Schichten, die Staatsarbeiter, können wir natürlich nicht rechnen. Aber auch so verfügen wir noch über große Scharen selbst auf dem Lande. Es ist ein Verbrechen, zu glauben, daß wir auf dem Lande keine Erfolge erzielen können. Auf unserer letzten Provinzialkonferenz waren 30 Landarbeiter als Delegirte anwesend, sie Alle sind für Wahlbetheiligung eingetreten, obwohl wir ihnen die Schwierigkeiten des Systems auseinandergelegt haben. (Hört! hört!) Bei dem läudlichen Arbeitermangel können die Landarbeiter ruhig offen sozialdemokratisch wählen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, aufs Pflaster geworfen zu werden, und wenn sie entlassen werden, so pfeifen sie darauf, denn sie finden im nächsten Dorf neue Arbeit. (Widerpruch.) Die Landleute rechnen den Augenblick herbei, wo sie ihren Unerbittlichen ihre Meinung ausdrücken können. Die indirekte Wahl zwingt uns geradezu, denn es ist schwer, auf dem Lande die Massen in Bewegung zu bringen für einen Bebel, einen Singer oder einen anderen Parlamentarier, der den Landarbeitern nicht bekannt ist. Aber einem Parlamenten aus dem eigenen Unwahlbezirk geben sie leicht ihre Stimme.

Unermesslich ist der Vortheil, den wir auf dem Lande erreichen dadurch, daß wir solche Wahlmänner in den einzelnen Ortsbezirken finden, sie sind die sichersten Stützen für unsere Agitation und Organisation. (Widerpruch.) Wir haben praktische Erfahrungen, wir haben Verbindungen auf dem Lande angeknüpft. Niemals wird es uns gelingen, auf dem Lande etwas zu erreichen, wenn wir so die Mittel der Agitation und Propaganda aus der Hand geben. Ich gebe mich keinen Illusionen hin, ich weiß sehr wohl, daß einer oder der andere unserer Wahlmänner unter den Drohungen oder Versprechungen eines Herrn nachher umfallen wird. Sie Alle, die Sie Wahlgegner sind, stehen damit im Widerspruch zu Ihren sonstigen Auffassungen. Sie überschätzen den Werth eines Mandats, denn selbst wenn wir kein Mandat bekommen, ist die Wahl-

betheiligung doch wichtig, weil wir durch die Agitation Gelegenheit bekommen, unsere Ideen in weitere Kreise zu tragen. Wir schaffen dadurch neue Verbindungen mit den Landarbeitern zum Vortheil unserer Organisation. Wir betheiligen uns zunächst auf Grund unseres Programms ganz prinzipientreu mit eigenen Wahlmännern an der Wahl, und dann wenn es zur Wahl der Abgeordneten kommt, können wir ruhig mit einem zuverlässigen Freisinnigen ins Bündniß ab schließen. (Zuruf: Giebt es nicht!) Wie können die erfahrenen Berliner so etwas sagen? Ich kenne die Freisinnigen auch und weiß, daß an ihrem Gros nichts daran ist, aber daran ist doch nicht zu zweifeln, daß es auch unter den Freisinnigen Männer mit Rückgrat giebt, und daß wir vor Allem durch unsere Betheiligung dahin wirken können, daß solche rückgratfesten Männer auch von den Freisinnigen aufgestellt werden. Wir würden Verwirrung schaffen in den Reihen unserer zurückgeliebten Arbeiter, wenn wir nicht den selbständigen Charakter der Wahl bewahren würden; er wird gewahrt durch das Amendement Quard. Ich sehe keinen Grund gegen die Betheiligung ein. Unsere Landarbeiter haben durchaus ein Verständnis für das, wozu die Berliner noch nicht gekommen sind, nämlich daß die Wahlmänner eventuell auch einen Freisinnigen unterstützen können. (Lebhafte Beifall und Widerspruch.)

Schrader (Wamsche): Bebel hat mit seiner Resolution versucht, sowohl die Freunde wie die Gegner der Wahlbetheiligung zu befriedigen. Das Beste wird ihm nicht gelingen. Jetzt scheint es so, als ob es sich nur um die preussischen und sächsischen Landtagswahlen handele. Die bayerischen Vorgänge aber, aus Anlaß deren man von Kuhhandel u. s. w. sprach, haben Anlaß dazu gegeben, daß diese Frage auf die Tagesordnung dieses Parteitags gesetzt wurde. Die Frage muß für ganz Deutschland gelöst werden und nicht nur für Preußen und Sachsen. Man geht über die Frage der Bündnisse viel zu leicht hinweg. Die Art, wie Kuer in den „Sozialistischen Monatsheften“ die Frage behandelt, stimmt doch schlecht mit den Dingen, die uns in dem heute vertheilten Flugblatt erzählt werden. Die Landarbeiter des Genossen Haase scheinen sich ja in einem wahren Dorado zu befinden, anderwärts ist es anders. Die Bebel'schen Einfälle machen seine Resolution nicht schmählicher, ich kann sie nur mit dem Amendement Ledebour annehmen.

Zabel (Berlin): Wenn Sie heute Bebel gehört haben und ihn mit dem Bebel von Hamburg, ja noch von Stuttgart vergleichen, wenn Sie seine heutige elegische Stimmung gesehen haben, dann haben Sie gemerkt, wie wenig Freude er selbst an seinem eigenen Werke hatte. (Oh!) Wat er doch, nur ja einmal bloß zu versuchen, nur zu experimentiren, dann würde es — so habe ich es herausfinden gehört — für immer begraben sein. (Geisterkeit.) Dem Genossen Haase hat ja schon der Vorreber geantwortet. Wenn das Alles, was Haase gesagt hat, so stimmt, o Du herrliches Ost- und Westpreußen! Wie stark müßtest Du heute schon bei der geheimen Stimmabgabe im Deutschen Reichstag vertreten sein, wo die Landarbeiterschaft Mann für Mann, Schaar für Schaar an die Wahlurne treten kann, offen die Stimme abgeben kann, o Du glückliches Dorado, für das uns Haase heute hineingeführt hat. (Geisterkeit.) Genosse Haase, auch ich vertrete einen sehr großen Landkreis, aber wir haben die Erfahrung erst vor ganz wenig Wochen Tag für Tag sammeln müssen bei unserer unausgesetzten Agitation auf den großen Gütern, bei den großen Bauern, wie man uns da unser Flugblättermaterial abnahm, wie vorsichtig man da vorgehen mußte. Von diesem Platz hier ist es sehr leicht zu sprechen; aber wenn die Erfolge geholt werden sollen, wenn man uns zwingt, in die Landtagswahlen einzutreten, dann wird es anders aussehen. Gewiß, dem Zwang wird man sich als Parteigenosse fügen, aber ob man uns mit diesem Zwang auch die Ueberzeugung einimpfen kann, das steht auf einem anderen Blatte. Wie steht es denn in Seltow-Beetzow? Wenn wir von den Wahlmännern, die für den Freisinnigen

elutreten, die sozialdemokratischen abzweigen, ändern wir dadurch irgendetwas das Wahlergebnis? Was können wir durch Beteiligung erreichen, wenn in Pöpenitz, wo sehr viele Wahlmänner nicht zur Wahl gingen, weil bei der Ausdehnung des Kreises theilweise zwei Tage verloren gegangen waren, die Konservativen Ring und Fehlich bei einer absoluten Mehrheit von 866 Stimmen 1073 bekommen haben? Haben Sie Breslau vergessen, wo mit der ganzen Magientafelung die sozialdemokratischen Wahlmänner an die Wahlurne gebracht wurden und die Freisinnigen eine Entschädigung zahlen mußten? In Lodz stand auf der freisinnigen Liste eine Reihe wackelhafter konservativer Namen und nur der Wachsamkeit eines Vertrauensmannes ist es zu danken, daß unsere Genossen nicht dem konservativen Grafen Moltke ihre Stimme gaben. Es ist eigentlich eine Selbstabschlachtung, die wir an uns vornehmen. (Heiterkeit.) Man mußhet uns etwas Herrliches zu: den Freisinnigen in unserem Kreise bekämpfen wir bei den Reichstagswahlen auf das schärfste in Flugblättern und Versammlungen und wenige Monate später bei den Landtagswahlen sollen wir in Flugblättern und Versammlungen denselben Freisinnigen sagen: Du bist ja der beste Kerl von der Welt! Wenn Sie auf diese Weise Erfolg für die Sozialdemokratie erzielen wollen, so muß man dafür sich bestens bedanken. Sie werden uns höchst wahrscheinlich zwingen, mitmachen zu müssen; nach der ersten preussischen Landtagswahl wird Ihnen die Quittung dafür gegeben werden. (Bravo!)

Friedrich-Karlsruhe: Eine Enttäuschung muß ich Ihnen von vornherein bereiten. Ueber die Stimmmittel des Genossen Zubeil verfüge ich nicht. (Heiterkeit.) Schon in Hannover hatte sich über die Sünden der Bayern, ein gründliches Unwetter zusammengezogen, das aber nicht losgebrochen ist. Ueber unsere Häupter, über uns Wadenfer kommt nun der ganze Segen. (Heiterkeit.) Das ist mir gerecht, denn wir sind es gewesen, die zuerst in die verbotene Frucht, in die Frucht des Kompromisses gebissen haben. Die Bayern sind also nur die Epigonen. (Zum Tisch der Bayern: Aber die Besseren! Heiterkeit.) Gewiß, sie haben mehr herausgeschlagen. Da die Sache nun einmal so ist, so nehmen wir Alles auf uns. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß der Jupiter tonans, der dieses Ungewitter entfesselt hat, selbst auf die Bank der Sünden gehört, daß gerade er ein Kind der Sünde ist (Heiterkeit), nicht etwa aus einer morganatischen Ehe (Heiterkeit), sondern aus einem Konkubinat. (Erneute Heiterkeit.) Aber erst nach drei Jahren hat dies Sündenkind zu sprechen begonnen (Heiterkeit), und meint nun über seinen Vater, den Sozialismus und seine Mutter, die Demokratie. Auch ich glaube, daß rein sachliche Motive Geß geleitet haben, hätte er dann nur wenigstens die Güte gehabt, uns ein Exemplar seines Flugblatts, das seit 8 Tagen gedruckt ist, zuzuschicken, dann hätten wir unser Altkonkubinat mitbringen können. Es handelt sich um Dreierlei in dem Flugblatt: 1. die angebliche Doppelnummer des „Volksfreund“, der am gleichen Tage die Demokratie in Karlsruhe empfohlen und in Offenburg bekämpft haben soll; 2. die Behauptung, daß ich vor einem Jahre in Durlach gewählt worden bin auf Grund eines demokratisch-sozialdemokratischen Kompromisses und 3. die Behauptung, daß der „Volksfreund“ dabei eine andere Taktik befolgt habe als vor drei Jahren. Alle drei Behauptungen sind schwere Irrthümer. Ich glaube auch, daß Geß nur sachliche Gründe hatte, als er die Sache vorbrachte; schon deshalb, weil er selbst vor drei Jahren der Leiter des Blattes und der Wahl war, bei der die Sache spielte. Mit der Doppelnummer des „Volksfreund“ steht die Sache so, daß durch einen in letzter Stunde, während die Karlsruher Auflage schon in der Maschine war, in Offenburg erfolgten schweren Angriff der Freisinn-Demokraten eine Abwehr notwendig wurde, die dann allein in die Offenburger Auflage kommen konnte. So hat es Geß selbst im Landtag der Wahrheit gemäß dargestellt, wie Dreß-

bach bezeugen kann. Plötzlich austretende acute Verhältnisse haben also die Doppelnummer veranlaßt. Die Thatsache, daß wir bei der verschiedenen Schlachtstellung in Offenburg und Karlsruhe mit entschiedener Hochhaltung des Prinzips kämpften, wurde auch vor drei Jahren in der „Neuen Zeit“ aktenmäßig festgestellt. (Redner verliest die Stelle.) Ich habe in meinen Artikeln auf den prinzipiellen Unterschied zwischen Demokratie und Sozialdemokratie hingewiesen, was den Karlsruher Genossen damals sehr unangenehm war, aber mir kam es eben auf prinzipielle Reinlichkeit an. Das ist die Nummer 1 der Hauptungen . . . (Stoche des Vorlesenden.)

Vorsitzender Singer: Die Fortsetzung bitte später. (Große Heiterkeit.)

Friedrich: Dann will ich schließen: „Doch Brutus ist ein ehrenwerther Mann. Das sind sie Alle, Alle ehrenwerth.“

Frau Ihrer-Verlin V: Die Ausführungen von Geß sind ein schlagender Beweis gegen die Beteiligung; kein Redner war im Stande, uns von der Möglichkeit der Beteiligung zu überzeugen. Gaase irrt sich, wenn er glaubt, daß auf dem Lande keine Maßregelungen erfolgen. Das wird trotz allen Arbeitermangels geschehen. Ich hätte gewünscht, Gaase hätte uns mal einen Liberalen, der Rückgrat besitzt, auf den Tisch des Hauses niedergelegt (Heiterkeit), er wäre als ein Wunder in Deutschland betrachtet worden. Wohin kommen wir bei dem Vorschlag der Wahlanhänger? Wir müßten denn Landtagswahl-Agitatoren und Reichstagswahl-Agitatoren schaffen, die heute gegen, morgen für die Freisinnigen reden. Uner sagt in den „Soz. Monatsheften“, es kommt hauptsächlich auf Berlin an, mit Berlin werde die Bewegung unwiderstehlich; aber warum nimmt man denn keine Rücksicht auf die Stimmung der Berliner und ihrer Nachbarkreise? Mögen Sie beschließen, was Sie wollen (Oh!), wir halten an dem Vermächtniß des Alten fest, wir sind gegen jeden Kompromiß, gegen jedes Wahlbündniß.

Riesel-Verlin VI: Wenn bereits ein süddeutscher Genosse warnend seine Stimme erheben muß, so können Sie es uns Norddeutschen wahrhaftig nicht verdenken, daß wir gegen die Wahlbeteiligung in Preußen mit allem Ernst unserer Ueberzeugung Stellung nehmen. Meist hat ja heute schon ausgeführt, wie die Parteigenossen seines Kreises über Kompromisse denken. Dasselbe gilt auch für die Genossen von Berlin und der ganzen Mark Brandenburg; überall liegt uns da der Freisinn so im Magen, daß wir ihn beinahe nicht mehr verdauen können. (Oho!) Ja wohl. Wir wollen den alten Drei nicht wieder aufwärmen, wir haben keine Veranlassung, uns auf ein derartiges Experimentirgebiet zu begeben. Wir haben vielmehr alle Veranlassung, unseren Genossen zu zeigen, daß wir mit solchen Elementen nichts zu thun haben wollen. Wenn Sie mir nicht glauben wollen, wie sehr die Berliner gegen die Wahlbeteiligung sind, so fragen Sie mal Pfannkuch. Als er einmal bei uns im 6. Wahlkreis sprach und nebenbei auch die Nothwendigkeit der Wahlbeteiligung betonte, da haben ihm die Genossen durch lautes Murren die Antwort ertheilt; Berlin ist auch garnicht in der Lage, in allen Bezirken die nöthigen Wahlmänner aufstellen zu können, in vielen Bezirken finden wir nicht einen einzigen Wahlmann. Man darf auch nicht ohne Weiteres sagen, daß wir uns mit Naturnothwendigkeit an den Wahlen zu betheiligen haben. Nun hat Gaase uns Berlinern Unkenntniß der Verhältnisse vorgeworfen, Zubeil hat ihm bereits erklärt, daß wir in Berlin auch Landagitator treiben müssen. Wie können wir den Landarbeitern heute die Wahl eines Sozialdemokraten, morgen die eines Freisinnigen empfehlen! Die Landsleute von Gaase, die nach Berlin gekommen sind, haben uns im Gegensatz zu ihm die dortigen Verhältnisse als die allermissgeradesten dargestellt, ich wundere mich wirklich, daß Gaase aus Ostelbien ein Dorado zu machen sucht. Stimmen Sie dem Amendement Hoffmann zu!

Quard-Frankfurt a. M.: Meiner Meinung nach hätte die Debatte durch einen Bericht eingeleitet werden sollen über die Ergebnisse in den Kreisen, in denen bereits bei den letzten Wahlen eine Beteiligung stattgefunden hat; dann wären eine ganze Reihe von Behauptungen, die aufgestellt sind, einfach unmöglich gewesen. Ich will Ihnen die Erfahrungen aus dem Frankfurter Kreise schildern. Die Ansicht, die konservativ-nationalliberalen Vertreter herauszuwerfen und durch Freisinnige, darunter sogar einen bürgerlichen Demokraten zu erziehen, brächte unsere Genossen sofort zur Urne. Die Beteiligung ging so vor sich, daß wir, die wir uns doch in Bezug auf die Organisation nicht entfernt mit Berlin messen können, ohne Weiteres alle unsere Wahlmänner aufstellen konnten, ja sogar in einzelnen Bezirken, wo die bürgerliche Demokratie glaubte, Wahlmänner aufbringen zu können. Wir können also ruhig mit eigenen Wahlmännern die Sache in die Hand nehmen. Die Abstimmung ist nach der von uns gegebenen Parole vor sich gegangen; Maßregelungen sind nicht erfolgt, und bezüglich des platten Landes kann ich die Darstellung Haase's durchaus bestätigen. Wir haben im Umkreise von Frankfurt vor zwei Jahren das Dreiklassen-Wahl-system für eine Reihe von Wahlkreisen nach preussischem Muster bekommen, und haben bei offener Abstimmung in einer ganzen Reihe von Gemeinden unsere sozialdemokratischen Kandidaten durchgebracht; es ist also bereits bestätigt, daß das geht. Unsere Erwartungen sind erfüllt; namentlich der bürgerliche Demokrat ist so wacker im Abgeordnetenhaus aufgetreten, hat als einziger Bürgerlicher eine ganze Reihe von Mißständen auf Grund unseres Materials aufgedeckt, hat so scharf in der Eisenbahn-, Gefängnis-, Beamtenfrage u. s. w. Stellung genommen, wie es seit Bestehen des preussischen Abgeordnetenhauses kaum je vorgekommen ist, und zwar mit Erfolg. Daher denken wir Frankfurter nicht daran, jemals von der Beteiligung Abstand zu nehmen; wir werden uns jetzt erst recht beteiligen, und zwar mit lauter ausgesprochen sozialdemokratischen Wahlmännern, und was in Frankfurt möglich ist, wird auch wohl in einer ganzen Reihe anderer Kreise möglich sein.

Wenn immer das Viehnecht'sche Verwirrungsargument vorgebracht wird, so ist das ein Annuthszeugniß für unsere Wählerkraft, das sie nicht verdient hat. Unsere Wählerkraft weiß ganz gut zu unterscheiden, weshalb sie bei der Reichstagswahl für einen Sozialdemokraten und bei der Landtagswahl für einen Freisinnigen, für das kleinere Uebel stimmt, genau so wie bei den Reichstagsstichwahlen, und damit fällt jeder Grund gegen die Beteiligung fort.

Wenn Zubeil gemeint hat, die Wahlmänner brauchen Zeit — das klingt recht revolutionär! (Heiterkeit und Beifall.) Wir wollen Revolution machen, haben aber keine Zeit! (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Wer ist radikaler: Der sich draußen bei der Thür stellt und mit den Fäusten droht, aber nicht den Mut hat, an der Thür zu rütteln, oder der, der auf das bloße Protestiren verzichtet und an der Thür rüttelt so lange, bis er sich Einlaß verschafft hat, mit allen Mitteln. (Beifall.) Ich habe dieser Lage mit einem ausländischen Sozialdemokraten gesprochen, der sagte: Wir Sozialdemokraten sind eine ausgesprochene prinzipientreue Partei; aber wir mögeln, wo wir mögeln können. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Grenz-Leipzig: Wir haben uns stets auf den Standpunkt gestellt, daß Reichsrecht vor Landesrecht geht, Parteitag vor Landeskonferenz. Das hat die unschönen Sachen in Sachsen veranlaßt und es ist sehr die Frage, wer die Schuld daran hat. Der Auffassung von Quard, daß wir Anderen ebenso gut mit der Beteiligung fahren werden wie die Frankfurter, stehen doch die Erfahrungen mit dem Flugblatt Ged's gegenüber, wo die Partei eine weit größere Schädigung erleidet als auf der anderen Seite günstigen Falls Gewinn. Aber die Frage ist auch die, ob wir uns beteiligen können. Besprechungen werden

von den Freisinnigen bei der Wahl leicht gemacht. Geändert haben sich die bürgerlichen Parteien allerdings in den letzten Jahren, aber nur ihre Taktik, im Effekt sind sie uns gegenüber ebenso miserabel wie früher. Die anderen Parteien sind nicht besser als die Junker. Wie hat der Freisinnige Hirsch sich gegenüber dem Straßenbahnerstreik benommen? Wir haben von den bürgerlichen Parteien nichts zu erhoffen. Sie wollen uns, wie Pfannkuch treffend jagte, nach Dis- nichtigem Muster einfach todtschlagen. In Sachsen verbanden wir den Freisinnigen mit das Dreiklassen-Wahlrecht. Und mit dieser Gesellschaft sollen wir uns koalieren? Wir haben zwei Probeahlen hinter uns, die sind danach ausgefallen.

Kiemann-Chemnitz: Jawohl, die sind danach ausgefallen, weil sie uns die Leipzig- und Zwidauer verhungt haben. (Heiterkeit und Beifall.) Ich bin für die Resolution Uebel nur dann, wenn die Wägen so eng sind, daß kein Grenz, kein Lipinski, kein Schoenlant und kein Goldstein durchwutscht. (Große Heiterkeit.) Kompromisse wollen wir machen, sagt man uns nach. Ist ja gar nicht wahr! Ich selbst soll das Kompromiß damals gemacht haben! Ich habe damals hinter schwedische Garbinnen gesehen, wie man man denn da Kompromisse machen! (Große Heiterkeit.) Bei den Reichstagswahlen fordern Sie doch auf, dem Hirsch als dem kleineren Uebel die Stimme zu geben, trotz des Straßenbahnerstreiks; also warum denn nicht auch bei den Landtagswahlen. Direkt zur Rebellion wird ja schon bei uns in Sachsen aufgefördert. Da schreibt Goldstein im „Säch. Volksblatt“: „Käme es in Mainz zu einem Mehrheitsbeschluß für die Beteiligung, so ist allerdings die Minorität besiegt.“ — Sehr logisch! (Heiterkeit) — „ob sich diese dagegen so fügt und nicht etwa durch Lässigkeit und Unterlassung, wie auch direkt durch Aufsehnung sündigt — das ist eine andere Frage.“ Das ist schon längst in Frage gestellt, wenn die Landeskonferenz die Beteiligung beschließt und zwei, drei Wahlkreise sich einfach nicht fügen. (Zuruf Lebehour's.) Lebehour kann gut von Sachsen reden! Ein Mann, der kaum hundert Wochen in Sachsen war! Wir haben in Sachsen 20 Jahre lang das Wählen gelernt, das versteht der Lebehour nicht; auch das Wählen will gelernt sein (Heiterkeit). Wir haben ihn hingelegt, in Dresden; da liegt er nun! in Berlin wird er vielleicht wieder aufstehen; na, wir wollen das Beste hoffen! (Große Heiterkeit.) Diesmal aber wird man mit den Rebellen absahren; wer nicht für uns ist, der wird hochgenommen in diesem Fall!

Bruhns-Breslau: Bekanntlich haben die Breslauer nach dem verunglückten Hamburger Beschluß, als Niemand wußte, was zu thun war, die Initiative ergriffen und sich selbstständig an den Wahlen beteiligt, und ich darf wohl im Namen fast aller Breslauer Genossen sagen, daß wir das niemals bereut haben. Wir unterscheiden uns in dieser Beziehung von den Genossen des Wahlkreises von Meist, die, wie Meist jagt, durch die Beteiligung nur Arbeit, Mühe und Zeit zu verlieren fürchten. Nun, wir Breslauer haben den Versuch gemacht, wir haben keine Arbeit, Mühe und Zeit verloren. Das Urtheil von Meist und besonders das von Zubeil ist in keiner Weise durch Sachkenntniß getrübt. Zubeil hat, um einen ganz milden Ausdruck zu gebrauchen, nur pure Unrichtigkeiten zu Tage gefördert. Wir sind damals auch nicht mit einem ungeheuren Aufwand in die Wahl getreten, im Gegentheil, die Zeit war kurz, viele Genossen wollten, weil sie Gegner der Beteiligung sind, sich nicht als Wahlmänner aufstellen lassen, andere konnten nicht kandidiren, weil sie nicht preussische Staatsangehörige sind. Aber trotzdem haben wir überraschende Erfolge erzielt, und wir wissen jetzt, daß die Schwierigkeiten wohl groß, aber nicht unüberwindlich sind. Ich bin sogar der Meinung, daß wir vielleicht aus eigener Kraft hier und da einen Abgeordneten durchbekommen könnten, nicht in Breslau, wohl aber in anderen Orten. In Linden z. B. ist thatsächlich die absolute Mehrheit für den Arbeiterkandidaten erzielt, und wenn nicht einige

kündliche Bezirke dabei gewesen wären, so wäre in der That Linden der erste Kreis gewesen, der einen sozialdemokratischen Vertreter in das preussische Abgeordnetenhaus entsandt hätte. (Widerspruch.) Nun behauptet Zubeil, die Freisinnigen hätten unseren Wahlmännern ihre Ansagen erfüllt. Das haben auch die Konservativen behauptet und ich sah mich veranlaßt, vor Gericht auf meinen Eid zu erklären, daß das un wahr ist. Ich erlaube Zubeil, in seinen Behauptungen etwas vorsichtiger zu sein. Man sprach weiter von den sozialdemokratischen Wahlmännern als von den Hilfsstruppen des Freisinn. Nun, in Breslau forderten wir, als es sich herausstellte, daß wir das Zinglein an der Waage bilden, von den Freisinnigen die Ueberlassung eines der drei Mandate. Die Freisinnigen erklärten sich auch dazu bereit, aber die Sache hing nicht von ihnen ab, sondern von 40 nationalliberalen Wahlmännern, die unter keinen Umständen dazwischen willigen wollten. In Anbetracht der politischen Situation — die lex Rade war eben mit 4 Stimmen Mehrheit abgelehnt, und es kam darauf an, möglichst eine reaktionäre Mehrheit zu verhindern — stimmten wir für die Freisinnigen. Wir konnten ja nicht wissen, ob wir nicht sonst eine reaktionäre Mehrheit erhalten würden, und diese Verantwortung konnten wir nicht auf uns nehmen. Wir waren uns unserer Pflicht bewußt, die Wahl dreier Konservativen zu verhindern, die vielleicht gewagt hätten, uns in Preußen vereinsgeheßlich zu knebeln. (Sehr richtig.) Wir haben also nur unsere Pflicht der Partei gegenüber erfüllt, sind aber nicht als künftige Hilfsstruppen des Freisinn aufmarschiert. Obwohl ein Theil unserer Wahlmänner zunächst gegen die bedingungslose Unterstützung der Freisinnigen war, stimmten sie nachher doch geschlossen dafür, und dies selbstlose und disziplinierte Auftreten hat unseren Gegnern bis weit in die Reihen der Konservativen hinein imponirt und uns moralische Erfolge verschafft. Wir sind und bleiben Anhänger der Wahlbetheiligung, und wenn es nöthig ist, auch Freunde eines Kompromisses mit den Freisinnigen zwecks Erzielung eigener Mandate. So schwer wird doch die Last eines mit bürgerlicher Hilfe errungenen Mandats nicht zu tragen sein. Unser Genosse Hug ist ja auch als erster Sozialdemokrat in den obersächsischen Landtag mit Hilfe bürgerlicher Wahlmänner eingezogen, und es ist ihm ganz gut bekommen. Was das Amendement Ledebour betrifft, so würde die nächste praktische Folge seiner Annahme der Sieg der drei Konservativen bei der demnächst stattfindenden Nachwahl in Breslau sein, denn wir Breslauer haben keine Lust mehr, einen Posten aufrecht zu erhalten, der hoffnungslos ist, wenn Sie es uns unmöglich machen, auch einmal sozialdemokratische Abgeordnete zu bekommen. Die Verbesserung, die Webel seiner Resolution gegeben hat, findet nicht meinen Beifall. Die Klausel wird den Wahlgegnern einen erwünschten Vorwand geben, die Situation wieder genau so zu gestalten, wie bisher (sehr richtig), denn wer kann mit Sicherheit sagen, daß Maßregelungen nicht vorkommen? (Die Redezeit des Redners ist abgelaufen.)

Ab. Hoffmann-Berlin IV: Webel sagte, seine Resolution biete Gewähr, daß Bündnisse, die die Partei Kompromittiren könnten, nicht abgeschlossen werden, da ja der Partei-Vorstand darüber zu bestimmen habe. Gewiß, von dem Partei-Vorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung ist nichts zu befürchten, aber wenn wir einmal auf der abschüssigen Bahn angelangt sind, kann auch der Partei-Vorstand uns nicht mehr halten. Auffallend ist nur, daß der Partei-Vorstand nur über Wahlbündnisse in Preußen entscheiden soll; warum nicht auch über die in Sachsen, der Pfalz und Bayern? Haben denn die Bayern nicht auch schon manche Dummheit begangen? (Zuruf: Nein!) Nach unserer Meinung haben die Bayern schon manche Dummheit begangen. Haase würde sagen, Kapitaldummheit. In der Pfalz ist ein Kompromiß abgeschlossen, ohne daß die Parteigenossen gefragt wurden. Im ersten pfälzischen Kreis hat man sogar gemeinsame Wahlmänner für Centrum und Sozialdemokratie aufgestellt auf das Ver-

sprechen hin, zwei Mandate zu bekommen. In Speyer hat man in einem Viertel, wo wir die größte Wählerzahl haben, zu Gunsten des Centrums verzichtet, weil 20 Centrumleute nicht sozialdemokratisch wählen wollten; im zweiten pfälzischen Kreis hat man sechs Wochen vorher bei den Freisinnigen angefragt, ob sie gewillt seien, ein Kompromiß zu schließen, was aber abgelehnt ist, weil man uns da nicht nöthig hatte. Das hat in der Pfalz große Mißstimmung hervorgerufen, aber die Geister des Centrums, die man rief, wird man nun nicht los. (Ehrhart: Wo hast du denn das her. Heiterkeit.) Das ist ja Nebenfrage, die Hauptsache ist, daß Ihr es widerlegt; es ist Euch wohl unangenehm, daß ich es habe? (Heiterkeit.) Es ist ja gar kein Wunder, daß sich jetzt in der Partei so viel Anhänger der indirekten Wahl finden, nachdem der Parteitag gestern in seinem eigenen Organisationsstatut die indirekte Wahl festgelegt hat. (Widerspruch.) Na, was ist es denn weiter? Die Kontrolleure sind die Wahlmänner, und die Genossen, die sie in den Vorstand wählen, sind dort Mitglieder zweiter Klasse. (Hoh!) Um mit Haase zu reden, hoffe ich ja, daß der Parteitag diese kapitale Dummheit nur einmal machen wird. Merkwürdig ist es, daß am wüthendsten diejenigen Kreise für Wahlbetheiligung eintreten, die bei der Reichstagswahl keine Erfolge haben. (Widerspruch. Zuruf: Frankfurt!) Nun, die Frankfurter werden ja auch noch den Meißner erleben.

Haase verübelt uns die Wundermär von den Freisinnigen, die noch Müllgrat haben. Die Volksganz hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Die Freisinnigen sind für die Sozialdemokraten nicht zu haben, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, aber die Ausnahme bestätigt nur die Regel. Ich erinnere nur an die Wahl von Iskraut. Die Freisinnigen wählen den Teufel, wenn er nur kein Sozialdemokrat ist. (Heiterkeit.) Haase sagt, die Landarbeiter bekommen leicht wieder Arbeit. Nun, warum müssen denn die Reichstagswähler auf dem Lande den Namen des konservativen Kandidaten auf dem Stimmzettel austreichen und den des Sozialdemokraten darunter setzen? Die Leute haben solche Angst, daß sie nicht mal einen sozialdemokratischen Stimmzettel zusammengefaßt abzugeben wagen. Und die sollen öffentlich wählen? Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen haben wir den Freisinn kennen gelernt. Da haben selbst freisinnige Juden für den Antisemiten Ulrich gegen den Sozialdemokraten Glöck gestimmt. Webel hat eine Reihe von Wahlkreisen aufgezählt, wo wir die rostigsten Ansichten haben, aber um in Berlin die dritte Klasse zu bekommen, müssen wir erst die Minister zu Sozialdemokraten machen; die wählen auch in der dritten Klasse. Es ist schon darauf hingewiesen, daß wir nicht bei den Reichstagswahlen den Freisinnigen als Volksvertreter, bei den Landtagswahlen als Volksvertreter hinstellen können. Machen wir unsere Wähler doch nicht besser als sie sind; ein großer Theil stimmt für uns, ohne sich sonst um Politik zu kümmern, und die werden eine solche Taktik nicht verstehen. Man thut am besten daran, eine Sammlung verschiedener Reden für alle Wahlgelegenheiten für die Sozialdemokratie herauszugeben, damit die Redner orientirt sind. Meist bedauert die Redakteure, die unter diesen Umständen schreiben sollen. Noch mehr bedauere ich den Redner, der unter diesen Umständen reden muß. Beschließt der Parteitag die Betheiligung, da dann werden wir sie ja mitnachen müssen (Heiterkeit) — ja, darin sind wir konsequent, wir folgen uns. (Bravo!) Macht Ihr es nur ebenso! Aber man wird sich dann als Redner sagen müssen, du erzählst hier den Wählern etwas, weil es die hoffnungsvolle Majorität des Parteitags vorgeschrieben hat, aber glauben thust du selbst nicht daran. (Widerspruch.) Wo bleibt da die Begeisterung der Massen? Wir werden schon zufrieden sein, wenn wir die Leute finden, die bei der Landtagswahl mitarbeiten. Ich glaube noch das kaum. Den Antrag 92 bitte ich anzunehmen, er ist so gemeint, daß wir nicht gemeinsame Kandidaten aufstellen dürfen; wer aber glaubt, unser Antrag hätte die Bedeutung, überhaupt das Stimmen für Gegner zu verbieten, den

erinnere ich daran, daß wir das ja auch bei der Reichstagswahl thun. Nur wollen wir kein Bündniß, keinen Kuhhandel mit Gegnern eingehen. Wir beantragen, über die Resolution Bebel und über diesen Antrag namentlich abzustimmen, damit wir später feststellen können, wer die Kapitalunmündigkeit begangen hat, wir oder die Missionäre der Firma Haase u. Comp. (Große Heiterkeit.)

Baudert-Apolda: Mein Freund Hoffmann hat die Situation so schwarz gemalt, daß es mir schwer fallen wird, sie etwas rosiger zu gestalten. Wir in Thüringen haben verschiedene Wahlsysteme, aber der Antrag Hoffmann soll auch für uns ebenso gelten wie für das Dreiklassen-Wahlsystem, und dagegen muß ich mich wenden. Wir waren gezwungen, Abmachungen mit bürgerlichen Parteien zu treffen, wenn wir nicht überall die Ortsreaktionäre in den Landtag schicken wollten. Wir haben einfach einen Akt der Klugheit, der Notwendigkeit begangen, als wir mit den Freisinnigen abmachten, daß sie in den Kreisen, wo wir stärker sind, uns das Feld räumen sollten, wir ihnen dafür in den Kreisen, wo sie zahlreichere Anhänger haben, unsere Stimmen geben. Man malt die Verwirrung uns schwarz hin. Vergißt man denn ganz, daß die Sozialdemokraten erzieherisch wirken? Wo bekommen wir denn unsere Genossen her, die früher der bürgerlichen Gesellschaft angehörten? Die Leute, die uns die Stimme geben, bringen wir so allmählig zu uns herüber. Unsere Wähler, die Masse der Wähler ist heute bereits soweit aufgeklärt, daß sie wohl unterscheiden können zwischen Reichstags- und Landtagswahlen. Ich bitte Sie, der Resolution Bebel zuzustimmen in der Form des Amendements Duard.

Stadthagen-Berlin: Es ist nicht meine Absicht, die Wahlbetheiligungsfrage aufzurollen. Das ist überhaupt nicht die entscheidende Frage, sondern es wird sich darum handeln, ob der Parteitag entgegen seinen bisherigen Gepflogenheiten in der That einen Beschluß fassen will, der mindestens gegen eine große Minderheit ausfallen würde. Ich halte es für außerordentlich falsch, eine Pflicht auszusprechen, die nicht erfüllt werden kann. Man wird sich dem Beschluß förmlich fügen, aber thatsächlich kann und wird man ihn in den betreffenden Wahlkreisen nicht ausführen; darüber dürfen wir uns nicht dem geringsten Zweifel hingeben. (Zuruf: Also Mogelei!) Nein, der Beschluß kann von der großen Masse der Arbeiter nicht ausgeführt werden und wird es nicht. (Zuruf: Hoffmann sagt es!) Ich sage es entgegen Hoffmann. Ich bitte, den Antrag anzunehmen, daß die Entscheidung über die Wahlbetheiligung den einzelnen Wahlkreisen überlassen wird. Wenn man auf solchen Umwegen Freisinnige in das Abgeordnetenhaus bringen will — ich weiß nicht, ob die Wahlbetheiligung nicht auch für das Herrenhaus gelten soll (Rufe: Au! Fürs Herrenhaus wird ja nicht gewählt!) — warum man da nicht lieber, wo man glaubt, verlässliche Freisinnige zu haben, den Parteigenossen deren Wahl empfiehlt. Denn, was nützt es, wenn wirklich ein Sozialdemokrat als Agitator im Abgeordnetenhaus sitzt! Das Abgeordnetenhaus hat eine so schlechte Musik (Rufe: Au!), außerdem sind dort die Fenster so dicht, daß man auch nicht zum Fenster hinausprechen kann. (Au!) Wir vor den Thoren Berlins brauchen nicht die Landtagswahlbetheiligung, um zu agitieren.

Ullmann-Eberfeld: Die Eberfeld-Barmer Genossen haben sich bei der letzten Landtagswahl durchaus selbständig bethelligt durch Aufstellung eigener Wahlmänner. Der Erfolg war beim ersten Mal noch klein, 200 Wahlmänner unter 1100. Wir wußten aber von vornherein, daß nicht mehr zu erwarten war. Aber wir legen Werth auf praktische Agitation. Wir sind die stärkste Partei und müssen diese Stellung bei allen öffentlichen Aktionen ausnützen. Die Sache war durchaus nicht so schlimm, wie sie hier von verschiedenen

Seiten hingestellt worden ist. Unter den Genossen ist keine Verwirrung entstanden. Mit größter Lust und Freudigkeit sind die Genossen zur Wahl gegangen. Es war ein Vergnügen, wie sie in einzelnen Bezirken ihre Stimme geschlossen abgaben. Und unsere Wahlmänner gaben hinter Kommerzienräthen und Millionären freudig und laut ihre Stimme für Mollenbuhr ab. (Bravo.) Zwar nicht in Eberfeld, wohl aber in den Nachbarstädten können wir direkten Einfluß auf die Wahlen ausüben. In Hagen-Schwelm, dem Richter'schen Wahlkreis, sind zwei Abgeordnete zu wählen; wenn dort die Genossen sich an der Wahl bethelligten, so geben sie unbedingt den Ausschlag. Bei den letzten Wahlen sind die Vertreter der Großindustriellen, Lohmann und Seumer, gewählt. Bei früheren Wahlen stimmten unsere Leute für den Freisinnigen, das letzte Mal haben sie sich nicht bethelligt. Wenn wir jetzt selbständig auftreten, warum sollen wir da nicht verlangen, daß wir, die wir den Ausschlag geben, auch ein Mandat erhalten? Ich nenne das nicht ein Kompromiß, sondern ein gutes Recht. An der Bebel'schen Resolution gefällt mir nicht der Zusatz von den Maßregelungen. Das ist ein Schreckschuß, manche Wahlkreise werden sich dadurch bestimmen lassen, nicht zu wählen. Ich konstatiere, daß trotz der öffentlichen Stimmabgabe in keinem einzelnen Fall in Eberfeld eine Maßregelung erfolgt ist. Wenn einzelne Genossen sich jetzt so radikal gegen die Wahlbetheiligung erklären, wie Meißt in Lempe-Mittmann, so thun sie dies vielfach nur aus Faulheit. (Oh! oh!) In einer Reihe von Kreisen, wo gar keine Agitation entfaltet wird, treten die Leute mit einem Mal radikal gegen die Bethelligung auf. Gewiß kostet die Bethelligung Opfer, aber das schadet nichts, sie nützt auch.

Hoffmann-Berlin IV und Genossen beantragen, in der Resolution Bebel, letzter Absatz erste Zeile, die Worte „in Preußen“ zu streichen.

Gewehr-Eberfeld: Die Berliner sind wieder mit alten Schindmähren von Behauptungen gekommen, so die, daß den Genossen nicht zugemutet werden könne, heute für den Freisinnigen und morgen gegen ihn zu stimmen. Das soll sie verwirren. Ach, seien Sie doch unbesorgt. Unsere Genossen sind keine Kinder. Das Amendement Duard verlangt die selbständige Aufstellung von Wahlmännern. Aber auf diesen Vorschlag sind die Berliner nicht eingegangen. Er ist ihnen wohl sehr unbequem. Dafür hat Stadthagen sogar gegen die Bethelligung geltend gemacht, daß der Saal des preussischen Abgeordnetenhauses eine sehr schlechte Musik habe. Mit solchen Gründen sollte man uns doch versehen. In Eberfeld haben wir das seltsame Schauspiel erlebt, daß wir, während wir bei den Reichstagswahlen keinen besonderen Anlaß hatten, die Freisinnigen zu bekämpfen, es bei den Landtagswahlen besonders scharf gethan haben. Die Befürchtung der Berliner von der Verwässerung des Programms ist also durchaus unbegründet. Hoffmann hat bestritten, daß die Wähler sich mit Begeisterung an den Landtagswahlen bethelligten würden; die Berliner sollten doch ein klein bißchen auf uns hören, da wir praktische Erfahrungen haben (Lachen.) Sie haben ja gar keine Erfahrungen. In Eberfeld ist mit großer Lust und Liebe gewählt worden, obgleich die Bethelligung nur mit drei Stimmen Mehrheit beschlossen worden war. Doch will ich nicht bestreiten, daß vor zwei Jahren eine gewisse Zersplittertheit herrschte; auch das Wahlsystem ist verworren und mußte den Wählern erst klar gemacht werden, sonst hätten wir leicht über 300 Wahlmänner durchgesetzt. Das muß man erst Alles lernen; bei den Reichstagswahlen haben wir ja auch gelernt. Die Urväter haben das Bestreben, in ihrem Kreise den Wahlmann durchzubringen, das giebt allein schon eine gewisse Lust.

Die erste Resolution Bebel hat mir viel besser gefallen als die zweite Form. Bebel hat wohl hierbei zu sehr auf die Stimmung der Berliner

Rücksicht genommen. Wir wollen nicht gleich den Teufel an die Wand malen; mit der Maßregelung ist es nicht so schlimm. Kann sich ein Wahlkreis nicht beteiligen, nun, er wird ja nicht bestraft; es ist aber nicht nötig, Ueberflüssiges erst zu sagen.

Das Amendement Quard kommt den Berlinern entgegen; wir wären ja die größten Esel, wenn wir nicht versuchen wollten, die Vorteile, die wir bei den Wahlmänner-Wahlen erreichen, auszunutzen. Ein Kompromiß ist das nach meiner Meinung überhaupt nicht. Zuletzt ist noch beantragt worden, den Passus „für Preußen“ zu streichen. Beschwören Sie doch nicht einen neuen Kampf mit den süddeutschen Genossen herauf; bis jetzt haben sie die Dinge erlebigt und der Partei-Vorstand hat sich nicht darum gekümmert. Warum soll das mit einem Mal anders werden? Das kommt mir wie eine Quertreiberei vor.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den Bebel begründet, wird von Adler mit dem Hinweis belämpft, daß möglichste Klarheit und Einverständnis unter den Delegierten geschaffen werden müsse. Der Antrag wird abgelehnt.

Söller-Frankfurt a. M.: Frau Jhrer hat von dem Vermächtniß Liebknecht's gesprochen, das wir hochhalten mußten. Wenn Liebknecht sich einmal getraut hat, dann hier. Von ihm stammt das Wort: Wir müssen das schlagende Junkertum aus Deutschland hinaus schlagen. Unsere ganze Vetheiligung bei den Landtagswahlen läuft doch darauf hinaus, die politische Macht des Junkertums in Deutschland zu schwächen. Unsere politische Machtstellung zwingt uns zur Vetheiligung, aber auch zu Wahlbindnissen, da wir allein nichts erreichen können. Viele schrecken zurück vor dem Wort „Kompromiß“. Es giebt Kompromisse, die ihrem moralischen und materiellen Effekt nach reaktionär sind, es giebt aber auch Kompromisse, die revolutionär wirken. Haben nicht unsere Wadener durch ihren Kompromiß die Situation in Baden revolutioniert? Liebknecht meinte einmal: Die Sozialdemokratie ist in Deutschland der Eckstein, an dem sich die Reaktion den Kopf einrennen wird. Wie steht es aber bei den Landtagswahlen? Da stellt sich die Reaktion auf zum Kampf und wir bleiben zu Hause. Wo ist da der Eckstein? Singer befürchtet eine Schwächung unserer Massenkampfstellung aus der Vetheiligung. Unsere Bewegung schöpft ihre Kraft aus der Thatsache der Ausbeutung des Arbeiters durch das Kapital. Diese Quelle wird durch die Wahlbetheiligung nicht unterbunden. Politische Aufgaben haben wir bei den Landtagswahlen zu lösen, soziale bei den Reichstagswahlen. Ich stimme für die Resolution Bebel, jedoch nur unter der Bedingung, daß in ihrem dritten Absatz die Worte eingeschaltet werden: „jedoch nur mit Zustimmung des Partei-Vorstands“. Medner stellt diesen Antrag.

Die Debatte wird hierauf abgebrochen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Meist-Remey-Mettmann: Ullensbaum hat behauptet, es sei Faulheit, wenn die Wahlbetheiligung von einzelnen Kreisen abgelehnt werde. Ich weise diesen Vorwurf entschieden zurück; an anderer Stelle werde ich mich mit Ullensbaum auseinandersetzen. (Oh! Oh!) Der Eine spricht von Faulheit, der Andere von geistiger Inferiorität, wenn man sich nicht beteiligen will, so weit sind wir schon gekommen.

Saase-Königsberg: Hoffmann hat mir zwei Aeußerungen in den Mund gelegt, die ich nicht gethan habe. Erstens soll ich behauptet haben, Maßregelungen auf dem Lande schaden nichts. Das ist mir nicht eingefallen. Ich habe nur gesagt, daß die Gutsbesitzer es sich bei dem Mangel an Arbeitskräften drei Mal überlegen würden, bevor sie Arbeiter wegen Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte maßregeln würden. Ein Theil der Arbeiter kann nicht so leicht gemäßigert werden, weil sie im Jahreskontrakt stehen; die freien Arbeiter aber bekommen bei dem Arbeitermangel leicht anderswo Arbeit. Einige Maß-

regelungen werden erfolgen; aber ganz sind sie bei keinem Kampf zu vermeiden. Zweitens hat mir Hoffmann die Aeußerung untergelegt, die Verhältnisse der Landarbeiter seien glänzend, sie lebten in einem reinen Paradies. Es ist mir nicht eingefallen, so etwas zu behaupten. Ich habe im Gegentheil darauf hingewiesen, daß die Arbeitsbedingungen auf dem Lande durchaus traurige sind, ich habe aber gezeigt, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit die Landarbeiter viel eher in der Lage sind, sich politisch zu betheiligen, als sonst.

Leдебour: Niemand hat es so dargestellt, als hätte ich gesagt, in Sachsen sei es gerade so wie wo anders in Bezug auf Kompromisse bei den Wahlen. Ich habe gerade das Gegentheil gesagt, nämlich, daß in Sachsen glücklicherweise die Möglichkeit eines Kompromisses völlig ausgeschlossen ist. Niemand hat weiter die Bemerkung daran geknüpft, daß ich in Sachsen hineingelegt sei. Demgegenüber konstatire ich, daß ich in Sachsen durchaus noch festsetze und durchaus nicht nötig habe, wieder aufzustehen.

Stüger: Unter persönlicher Bemerkung versteht man nicht eine Ansicht über eine Ansicht, die der Eine oder Andere über seinen Zustand in einem Lande hat. (Heiterkeit.)

Leдебour: Ich will nur konstatiren, daß ich in Dresden-Land mit starkerer Mehrheit zum Parteitag delegirt bin, als im vorigen Jahre.

Singer verkündet das Ergebnis der vollzogenen Wahlen.

Stimmzettel wurden abgegeben 221, wovon bei den Kontrollenrwahlen sich 5 ungültige befanden.

Es erhielten bei der Abstimmung über den Ort für den nächsten Parteitag Stimmen: Lübeck 71, Dresden 59, Magdeburg 46, Bremen 16, Leipzig 14. Lübeck ist somit als Ort für den nächsten Parteitag gewählt. (Weifall.)

Für den **Partei-Vorstand** erhielten Stimmen: Bebel 220, Singer 220, Vorstige; Auer 220 (Bravo!), Pfannkuch 220, Schriftführer; Gerich 220, Kaffirer; Rosa Luxemburg 1, Kagenstein 1, Schoenlauf 1, Stadthagen 1, Adolf Hoffmann 1, ohne Angabe des Amtes. — Bebel, Singer, Auer, Pfannkuch und Gerich sind somit gewählt. (Bravo!)

Entsprechend dem neuen Organisationsstatut sind von den Kontrollenren in den Partei-Vorstand gewählt worden: Eugen Ernst-Verlin und Eberhardt-Charlottenburg.

Bei den Wahlen der **Kontrollenre** erhielten: Meister 204, Raden 184, Meyner 171, Brühne 169, Zetkin 164, Ehrhart 157, Roenen 130, Kramer 96 und David 91 Stimmen. Diese neun Genossen sind zu Kontrollenren gewählt. Außerdem wurden noch Stimmen abgegeben: für Meiß 85, Scherm 83, Dubber 80, Kühn 74, Braun 72, Pfarr 58, Brühns 54, Hoffmann 27, Berthold 15, Grenz 3, Roge 1, Luxemburg 1, Stubbe 1 und Zieg 1.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 21. September. Vormittags-Sitzung.

9 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Fortsetzung der Diskussion über die **Taktik der Partei bei den Landtagswahlen.**

Stolle-Gesau: Alle Beschlüsse auf allgemeinen und Landesparteitagen haben keinen befriedigenden Zustand geschaffen. Dem anarchischen Zustand muß endlich ein Ende gemacht und eine Direktive für die Genossen im ganzen Reich gegeben werden, an die sie sich streng zu halten haben. Seit wenigen Jahren verlegt die Reaktion — da es ihr nicht gelingt, im Reichstag die Volksrechte zu beseitigen — den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit in den Landtag. Wir müssen

auch da den Kampf aufnehmen, so schwer es uns auch gemacht wird. Wie kann Singer mit solcher apokalyptischer Gewißheit behaupten, daß wir in Zukunft auch nicht einen einzigen Mann in den preußischen Landtag zu bringen im Stande sein werden. Hat man das früher nicht auch vom Reichstag und den anderen Landtagen behauptet? Trotzdem haben wir den Kampf aufgenommen und nicht gerührt, bis uns der Sieg geworden ist. Und ist es nicht schon ein großer Erfolg, wenn es uns durch die dritte Wählerklasse gelingt, Oppositionslandparlament in den Landtag zu bringen und dadurch Gesetze wie das preußische Vereinsgesetz zu verhindern? Man malt uns die Folgen von Kompromissen vor, die Prinzipienreinheit der Partei würde zu Grunde gehen. Nun, bei uns in Sachsen sind Kompromisse nach Lage der Verhältnisse ja unmöglich. Aber wo haben denn unsere badischen, unsere bayrischen Genossen, die auf Grund von Kompromissen in die Landtage gewählt sind, nachher irgend gegen das Prinzip der Partei verstoßen? Der unversehrte Dieb knecht rief uns zu: Immer in der Offensive, niemals in der Defensive! Beherrigen Sie dies Wort! (Beifall.) Es ist eine Schmach für die Partei, die die Führung der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt übernommen hat, vor dem Kampf zurückzusehen, weil er für aussichtslos gilt. Immer vorwärts, und wir werden zum Siege kommen! (Bravo.)

Dreesbach-Mannheim: In Halle haben wir eine Resolution gefaßt, wonach wir als politische Partei uns an allen Wahlen zu beteiligen haben. Das gilt natürlich auch für die preußischen Landtagswahlen. Uns daran zu beteiligen, ist unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, und es wäre ein Zeichen der Stagnation, wenn wir das nicht täten. Es wird immer gesagt, wir dürfen kein Kompromiß schließen, aber es kommt bei Kompromissen nur darauf an, wie weit man geht. Unsere ganze Thätigkeit im Reichstag beruht doch auf Kompromissen, und die Obstruktion gegen die lex Feine, bei der Singer mit Richter Arm in Arm ging, war schließlich auch eine Art von Kompromiß. (Widerpruch.) Die Gegner fürchten nicht, daß ihre Wähler durch Wahlbündnisse korrumpiert werden, nur wir haben diese Furcht, nur wir fürchten, daß unsere Farbe nicht echt ist, daß sie abfärbt. Ich hege diese Befürchtung nicht. Die Resolution behel würde ich ohne Weiteres zur Annahme empfehlen, aber es scheint, als ob dieselbe so aufgefaßt wird, daß wir uns nun in allen Wahlkreisen beteiligen müssen. Aber selbst an den Nachwahlen zum Reichstag beteiligen wir uns oft nicht, weil es sich nicht der Mühe lohnt. Vielleicht könnte man besser sagen: Der Parteitag empfiehlt den Genossen die Beteiligung. Dadurch werden unsere Genossen moralisch verpflichtet, sich überall da zu beteiligen, wo es möglich ist. Nur noch einige Worte zu dem häuslichen Zwist in Baden. Wir haben in Karlsruhe ein Kompromiß abgeschlossen, um dem badischen Nationalliberalismus seine dominierende Stellung zu nehmen: das ist uns gelungen. Der Nationalliberalismus ist in Baden in der Auflösung begriffen, und zwar hauptsächlich durch die Thätigkeit der Sozialdemokraten. Den badischen Nationalliberalismus überfällt nach und nach Wassermann'scher Geist, und es ist jedenfalls ein Fortschritt, wenn anstatt der öden Kulturkampfpaudereien wenigstens Nationalliberalismus à la Wassermann versapft wird. Das Ministerium Eisenlohr, das Rückgrat der Reaktion, ist vor wenigen Tagen, hauptsächlich in Folge der sozialdemokratischen Wahlerfolge, gestürzt; wir können also mit den Erfolgen, die wir erreicht haben, zufrieden sein. Die Doppelausgabe des „Volksfreund“ hat Gese als verantwortlicher Redakteur gezeichnet. (Hört! hört!) Damals hat er sie vertreten, heut braucht er sie als Angriffsobjekt gegen seine Parteigenossen. Zum Mindesten hätte er sich über die Herausgabe des Flugblattes mit seinen Kollegen in Verbindung setzen müssen, er allein ist nicht berufen, die Reinheit des Prinzips zu wahren.

Scholz-Berlin II: Wir werden bei den Landtagswahlen mit Berlin I zusammengezogen. Bei den letzten Landtagswahlen hätte sich der größte Teil

der Genossen für die Beteiligung erklärt, wenn nur halbwegs Aussicht auf Erfolg gewesen wäre; aber wenn sie erfahren, daß bei uns in Berlin SW. Geheimräthe in der dritten Abtheilung wählen, dann können Sie es sich ungefähr vorstellen, wie schwer es uns werden würde, Wahlmänner in der zweiten Abtheilung durchzubringen. Bei uns in Berlin kommen nur die Freisinnigen in Betracht. Wir kennen sie aus der Stadtorbanten-Versammlung gründlich, die Konservativen haben sich oft viel anständiger gezeigt als die Freisinnigen. Da ist es ganz ausgeschlossen, daß die thätigen Genossen mit Ueberzeugung, mit Lust und Liebe die Wahlarbeit verrichten. Die Süddeutschen werfen uns Berlinern immer vor, wir wollten in der Partei Kommandiren. Nun, ich frage, was Sie sagen würden, wenn es in der Resolution hieße, der Parteitag hat die Kompromißkontrolle für Bayern oder für Württemberg, aber nicht für Preußen; da kommt der Gewehr-Elberfeld mit solchen Ausbrüchen wie „Berliner Schindmähren!“

Singer: Er hat nicht gesagt, die Berliner seien Schindmähren (Heiterkeit), sondern: die Berliner reiten uns die Schindmähren, diese alten Geschichten vor.

Scholz: Mindestens ist der Ausdruck hier nicht am Platze. Wir können bei den Reichstagswahlen mit Stolz unsere Wahlsiften vorführen, denn es sind sozialdemokratische, kein Kompromiß-Mischmasch, wir wollen die Partei auch weiter rein erhalten; nehmen Sie den Antrag Hoffmann an, um uns die Zustimmung zur Resolution zu ermöglichen.

Düwell-Essen: Niemand sagte Ihnen gestern, wir müßten die Maschen des Netzes so dicht machen, daß kein Fischlein heraus könne. Ich empfehle ihm, lieber das Netz maschenlos zu machen, aber einige Fische vorher herauszulassen. Ganz entschieden muß ich es ablehnen, daß allen Wahlkreisen die Wahlbeteiligung aufgezungen wird; bei uns in Essen, Dortmund, Duisburg, Mülheim ist eine Beteiligung garnicht möglich. Denn bei uns wird überhaupt nicht gewählt, sondern der Kandidat präsentirt. Auch die Zentrumsarbeiter beteiligen sich nicht. Erzwingt man die Beteiligung, dann erzwingt man geradezu die Stimmabgabe für den Nationalliberalen und Freikonservativen. (Na! na!) Kommen Sie einmal in unseren Wahlkreis, sehen Sie sich die Krupp'sche Arbeitsordnung an. Wer offen sozialdemokratisch wählen wollte, für den wäre in Essen und den Krupp'schen Kolonien kein Platz mehr.

Forkert-Solingen: Aehnlich verhält es sich bei uns. Wir wählen mit Remscheid drei Abgeordnete, die auch geradezu ernannt werden. Wir müssen die Beteiligung ablehnen; wo sollen wir Wahlmänner herbekommen? Die Resolution können wir ohne den Antrag Hoffmann nicht annehmen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

Schrart (zur Geschäftsordnung): Hoffmann hat gestern, ohne einen Grund anzuführen, davon gesprochen, daß Korruption in der Pfalz vorgekommen sei. Ich bin es den Parteigenossen der Pfalz schuldig, zur Rechtfertigung Folgendes zu erwidern: Hoffmann hat behauptet, daß in der Pfalz über die Köpfe der Genossen hinweg der Ruhhandel eingegangen sei. Das ist unrichtig; es geht in keiner Organisation demokratischer zu als in der Pfalz, und Alles, was in der Pfalz geschah, geschah im Einverständnis mit den Genossen, die es anging. Hoffmann hat weiter eine Geschichte über einen angeblichen Vorfall im ersten pfälzischen Wahlkreise in Speier erzählt, die ich im vorigen Jahr in Hannover schon widerlegt habe; dadurch, daß sie alt wird, wird sie nicht besser. Und wenn er von einem Trit erzählt, den uns die Freisinnigen versetzt hätten, so rathe ich ihm, sich nicht von Jedem einen Floß ins Ohr setzen zu lassen.

Singer: Ich habe dem Parteitag einen Vorschlag zu machen. Gese hat in dem hier vertheilten Flugblatt eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, von denen Fendrich, da seine Redezeit abließ, nur eine besprechen konnte.

Fendrich hat mich ersucht, auch die beiden anderen Punkte behandeln zu dürfen. Es erscheint mir ein Gebot der Gerechtigkeit zu sein, auch der anderen Seite die Möglichkeit der Besprechung zu geben. Ich unterbreite dem Parteitag den Vorschlag, Fendrich sprechen zu lassen unter der Bedingung, daß er nicht auf die allgemeine Diskussion zurückgreift. (Lebedour: Dann muß Ged auch sprechen!)

Ged: Ich beantrage, auch mir das Wort zur Verteidigung zu geben.

Singer: Ich hätte Ged schon vorgemerkt. Der Parteitag ist mit meinem Vorschlag einverstanden.

Fendrich-Karlruhe: Ich habe gestern nachgewiesen, daß wir in scharfen, prinzipiellen Artikeln die Demokraten bis zu einem Grade bekämpft haben, daß die Karlruher Genossen selber Bedenken äußerten. Lügen diese Artikel nicht vor, dann wäre der Verdacht berechtigt, daß wir ad hoc die Extra-Ausgabe veranstaltet hätten. Wie die Extra-Ausgabe zu Stande gekommen ist, habe ich gestern schon dargestellt. Nun komme ich zu Punkt 2. Ged sagt, die Korruption hätte sich darin gezeigt, daß ein Aufruf gegen die Demokraten in Offenburg vom „Volkstfreund“ nicht aufgenommen wurde. Zunächst sei bemerkt, daß die Weigerung der Aufnahme sich nur gegen die Form richtete und nicht gegen den eigentlichen Inhalt. Dann lag aber die Sache so, daß in Offenburg keine eigentliche ganze Wahl war, sondern nur Erstwahl für einige Wahlmänner. Selbst wenn wir alle diese Erstwahlen gewonnen hätten, hätten wir nie gesiegt. Deshalb rieth Ged selber von der Wahlbeteiligung ab, und wir wollten nicht um den Preis einer rein persönlichen Auseinandersetzung die Demokraten verärgern und so das Zustandekommen der Zweidrittel-Majorität für das direkte Wahlrecht in der Kammer verhindern. Ich bin froh, daß wir so verfahren sind, denn die Demokraten, die in Haft gegen den Nationalliberalen durchgefallen sind, hätten uns mit Recht einen Vorwurf gemacht, wenn wir anders gehandelt hätten. Wir sind vollständig korrekt gewesen, und im gleichen Falle würde ich es wieder thun.

Der dritte Punkt ist die Behauptung des Genossen Ged, ich hätte deswegen den Aufruf nicht aufgenommen, weil ich befürchtet hätte, daß die Demokraten sonst in Durlach, wo ich kandidierte, nicht für mich stimmen würden. Der hier anwesende Landes-Vorstand wird bezeugen, daß in Durlach überhaupt nur 3 bis 4 Demokraten vorhanden sind, von denen einer sogar noch auf der national-liberalen Wahlmännerliste stand. Da war kein Grund zur Angst. Ich bin gewöhnt von der Arbeiterschaft und den über das nationalliberale Regiment verstimmteten Kleinbauern. Von einem Kompromiß ist gar keine Rede gewesen. Sollten wir den Leuten etwa sagen: Wir wollen eure Stimmen nicht haben?

Dreesbach hat erklärt, Ged sei der am wenigsten Bernfene, diese Dinge anzugehen. Ich will sagen, weshalb. Im badischen Landtag mußte Ged sich das Kompliment des jetzt gestürzten Reaktionsministers Eisenlohr gefallen lassen: Wenn sich die Sozialdemokratie so bessere, wie Ged in seinen Reden im Landtag, so werde er künftig sozialdemokratische Versammlungen nicht mehr überwachen lassen. Gegen dieses Kompliment mußte sich Dreesbach im Namen der Partei verwehren. Ich, der „Opportunist“ und „Korumpirte“, habe in einem halben Jahr mehr Ordnungsrufe im Landtag erhalten als Ged in drei Jahren. Urtheilen Sie nur, wer in der Praxis radikal ist, und wer in der Praxis Verwässerung und Korruption stiftet.

Ged-Offenburg: Ich bin ganz erstaunt, daß hier aus dem Anlaß, daß ich die Erfahrungen und Wahrnehmungen bei den badischen Wahlen Ihnen rein sachlich dargelegt habe, derartige Anklagen gegen mich erhoben werden und daß dabei der Wahrheit so mitgespielt wird. In dem Inhalt des Flugblatts hat Niemand zu rütteln gewagt, man hat nur unterzulegen und zu deuteln versucht.

Ich habe gestern gesagt, daß ich Niemand persönlich einen Vorwurf mache, ich habe sogar gesagt, daß auch ich unter den Sündern bin. Das Flugblatt soll mir verhüten, daß anderswo die Parteigenossen in ein ähnliches Fahrwasser geraten. Dreesbach sagt, ich hätte die Doppelausgabe als verantwortlicher Redakteur gezeichnet. Das ist nicht wahr, das Blatt ist in meiner Abwesenheit von dem Faktor gezeichnet. Fendrich hat es so hingestellt, als ob ich gewissermaßen mich im Landtag nicht als rassenreiner Sozialdemokrat gezeigt habe; der Minister Eisenlohr sei mit mir zufrieden und habe gesagt, das Verhalten Ged's gefalle ihm, man brauche in Folge dessen die sozialdemokratischen Versammlungen nicht mehr zu überwachen. Ist das wahr, Dreesbach? Von Fendrich will ich kein Zeugnis haben. (Geitterteit.) Ich war Fraktionsredner und habe darüber Beschwerde geführt, daß trotz Aufhebung des Sozialistengesetzes unsere Versammlungen noch immer überwacht werden. Darauf erwiderte der Minister Eisenlohr, er habe Lust, diesen Zustand zu ändern, denn die sachliche Art, wie in den letzten Jahren in sozialdemokratischen Versammlungen debattirt worden sei, hätte ihn überzeugt, daß eine Ueberwachung unnötig sei. Ich berufe mich zum Beweis dafür auf das amtliche Stenogramm. Fendrich hat gestern, um sein Abtreten bevorzuzugestalten, ausgerufen: Brutus ist ein ehrenwerther Mann, das sind sie Alle, Alle ehrenwerth. Nun, ich habe durch meine langjährige Thätigkeit für die Partei ein Recht auf Achtung erworben (sehr wahr!), ich diene der Partei zu einer Zeit, wo Fendrich noch die Kinderhosen anhatte, wo er noch nicht bei den Unabhängigen in der Schweiz sozialdemokratischen Unrecht ertheilen wollte, wo er noch bei Ranitz in Brüssel war und noch nicht die Rolle in der Partei spielte, die er jetzt seit drei Jahren spielt. Ich habe in der Partei gestanden zu einer Zeit, wo wir mit aller Energie für die Sache eintraten mußten, ich unterwerfe mich Ihrem Urtheil gern. Aber es giebt in der Partei Brutusse, die erst beweisen müssen, was sie leisten können.

Dreesbach bemerkt persönlich: Ich gestehe ein, daß ich mich geirrt habe, als ich sagte, Ged habe die Doppellinien gezeichnet. Aber der Irrthum ist erklärlich. Mit der Auerkennung des Ministers verhält es sich so: Ged klagte darüber, daß unsere Versammlungen noch immer überwacht werden. Der Minister erwiderte ihm, wenn die sozialdemokratische Partei sich so weiter entwickle, wie es im Landtage geschehe und wie es auch durch die Rede von Ged bewiesen sei, so werde er sich überlegen, ob er in Zukunft noch Polizei zur Ueberwachung schicken würde.

Adolf Hoffmann - Berlin IV erklärt persönlich: Ehrhart hat mich der Unwahrheit bezichtigt. Er weiß, daß das, was ich hier vorgebracht habe, wahr ist; er hat mich nur deshalb der Unwahrheit bezichtigt, um zu erfahren, von wem ich das Material habe; es stammt von einem hier anwesenden Delegirten aus der Pfalz, der auch Kreisvertrauensmann ist.

Ehrhart: Ich habe mich nur gegen die Sache gewandt und empfehle Hoffmann, das Protokoll des Hannoverischen Parteitag's nachzulesen, dort habe ich das Alles schon richtig gestellt.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Das Schlußwort über die Beteiligung an den Landtagswahlen hat

Webel: Die Verhandlungen haben, wie es zu erwarten war, einen Verlauf genommen, daß für mich keine besondere Veranlassung besteht, mich noch auf eine längere Erörterung einzulassen. Es handelt sich für mich nur darum, eine Reihe von Bemerkungen, die gegen meine Aeußerungen gemacht sind, zurückzuweisen und mich gegen mir unterstellte Behauptungen zu verwehren, die ich unter keinen Umständen gemacht habe. Singer und auch Lebedour haben meine Ausführungen dahin interpretirt, ich hätte mich großen Illusionen in Bezug auf den Erfolg der bei den Landtagswahlen zu erwarten sei, hin

gegeben; Ledebour sprach sogar von Utopisterei, ich weiß nicht, wie die beiden Genossen zu einer solchen Auffassung meiner Worte kommen. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich mich über die Lage, die unsere Partei bei den Landtagswahlen einnehmen werde, durchaus keinen Illusionen hingeben, daß ich von vornherein der Ansicht bin, daß ein Erfolg aus eigenen Kräften nicht zu erwarten sei, wie das ja auch meine Resolution deutlich zeigt. Bei der Verteidigung des Berliner Antrags, keinerlei Kompromisse einzugehen, äußerte Singer: er verspreche sich auch von einer selbständigen Wahlbetheiligung nichts. Ja, warum stellt er dann den Antrag? Wozu will er dann den Parteitag nöthigen, eine solche auszusprechen? Dann ist doch der einzige konsequente Standpunkt der, gegen Alles zu stimmen. (Sehr richtig!) Er will sich auf einen politischen Kuhhandel nicht einlassen. Das ist freilich ein unangenehmes Wort, es stammt aus dem Agramlande Bayern. (Geisterzeit.) Man spricht von Kompromissen mit einer gewissen Mißachtung. Aber was ist ein Kompromiß? Eine Vereinbarung mit einem Andern, sich gegenseitig zu unterstützen, um etwas zu erreichen, was man aus eigenen Kräften nicht erreichen kann. Nun liegen die Dinge in Preußen so, daß wir nicht um der schönen Augen der Fortschrittspartei oder der bürgerlichen Demokratie oder des linken Zentrums willen ihnen unsere Stimmen geben, sondern um in unserem eigenen Parteiinteresse die Opposition im preussischen Landtage zu verstärken und Gesetze zu verhindern, die in erster Linie uns treffen und schädigen. Auf der anderen Seite verlangen wir, daß die Kräfte, die wir in die Wagschale werfen, die andere Seite auch verpflichten, uns zu unterstützen, so daß wir so gleichfalls Abgeordnete erhalten. Damit ist keinerlei Abmachung getroffen in Bezug auf die übrigen selbständigen Handlungen der Partei und unsere programmatische Thätigkeit u. s. w. Wenn heute ein so großes Geschrei entsteht über die Möglichkeit, einmal mit einer bürgerlichen Partei zur Erreichung eines Vortheils, den man nicht allein erlangen kann, zusammenzugehen, so will ich daran erinnern, daß im Jahre 1870 auf dem Stuttgarter Parteitag der Eisenacher Richtung auf Liebknecht's und meinen Antrag einstimmig beschloffen worden ist, daß bei den bevorstehenden Reichstagswahlen, wo wir als Partei nicht einen Erfolg erzielen konnten, wir entweder für die Kandidaten der anderen Arbeiterpartei, des allgemeinen deutschen Arbeitvereins, einzutreten und, wo solche nicht in Frage kämen, diejenigen bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen hätten, die wenigstens in politischer Beziehung auf gleichem Boden mit uns ständen. Das ist damals von dem Kongreß beschloffen worden, ohne daß ein Mensch daran gedacht hätte, daß durch solche Unterstützung radikaler bürgerlicher Kandidaten irgend welche Gefahren für die Partei entstehen könnten. Nun wird von einer ganzen Reihe von Rednern, wie schon früher, die Ansicht geltend gemacht, daß man ein berartiges Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien bei den Wahlen den Genossen, deutsch gesagt: in Folge ihrer politischen Unbildung nicht zumuthen könne, daß man die Wähler dadurch irre mache. Ich sage aber: wenn wir nach einem langen heftigen Reichstagswahlkampf, in dem unsere Kandidaten mit den bürgerlichen Oppositionskandidaten um den Erfolg geringen haben, alsdann bei der engeren Wahl, weil wir ausgefallen sind, unseren Wählern, die noch von dem stattgehabten Kampf und den darin erhobenen Angriffen erhibt sind, zumuthen, acht Tage danach den bürgerlichen Kandidaten zu wählen, den wir für das kleinere Uebel ansehen, und dann die Erfahrung machen, daß keine Partei so diszipliniert ist wie unsere (Beifall), und wir dann meinen, wir könnten das unseren Wählermassen nicht auch bei der Dreiklassenwahl zumuthen, dann schätzt man unsere Wähler viel zu niedrig ein. (Sehr richtig!) Sie sind viel klüger, als man hier gemeint hat. Mich hat die Aeußerung Hoffmann's im höchsten Grade überrascht: viele unserer Wähler kümmern sich nicht um Politik. Eine schwerere Beleidigung, eine größere

Herabsetzung eines Theils der sozialdemokratischen Wähler konnte von einem sozialdemokratischen Redner nicht ausgesprochen werden. (Sehr richtig!) Ich lege gegen die Behauptung entschiedenste Verwahrung ein, denn ich behaupte, daß es bei keiner Wahl eine Wählerchaft giebt, die allgemein politisch so durchgebildet ist wie gerade die sozialdemokratische Arbeiterchaft. (Beifall.) Ich behaupte, daß die deutsche Arbeiterklasse an politischer Bildung das Bürgerthum weit übertrifft. (Beifall.) Und weil das so ist und die Erfahrung gelehrt hat, daß solche Wähler sehr wohl zu unterscheiden wissen, können wir uns auch bei den Landtagswahlen verlassen.

Vor Allem kommt es allerdings auf die richtige Agitation und die richtige Taktik an; Vertuschungen dürfen in keiner Weise vorkommen. Auf der anderen Seite aber schadet es auch nichts, wenn wir uns mehr und mehr erhöhen, beim Wahlkampfe das Persönliche aus dem Spiele zu lassen und die Grundsätze und Prinzipien in den Vordergrund zu rücken. Man behaupte ich aber, daß wir gerade bei den Landtagswahlen mit einem Agitationsmaterial ins Feld rücken können, wie es kaum bei den Reichstagswahlen der Fall ist, es ist ein ganz neues Gebiet, das wir hier betreten; es sind eine ganze Reihe Fragen von der höchsten Wichtigkeit, die leider noch in den Landtagen der Einzelstaaten zur Erledigung kommen. Kommt es auf mich an, trete ich jederzeit für eine Erweiterung der Kompetenzen des Reichs ein bis zu dem Punkte, wo sämtliche Kleinstaaten verschwinden, aber das große Gebiet der Steuer-gesetzgebung, der Gemeinde-, Agrar-, Berggesetzgebung, des Schul- und Bildungswesens, des Armen-, Medizinal- und Gesundheitswesens, des Eisenbahn-, Forts-, Berg-, Straßenbau-, Gefängniswesens, der Polizeiverwaltung, Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts, der Gewerbeinspektion, Gefindeordnung u. s. w. — kurz die Kritik der gesammten Staatsverwaltung, also ein ungeheures Gebiet, eröffnet sich uns. Und wenn wir in die Wahlagitation eintreten und unseren Standpunkt zu den gesammten Materien darlegen, dann zwingen wir auch die bürgerlichen Parteien in viel höherem Maße, Farbe zu bekennen, als es bisher der Fall ist. Und vor Allem werden wir es dahin bringen, daß den Zentrums-wählern über die volksfeindliche Haltung der Zentrumsmänner im Landtag die Augen geöffnet werden. Das halte ich für außerordentlich wichtig. Da sind in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Sünden der schwersten Art vorgekommen und systematisch hat das an Zahl auch im Landtag so mächtige Zentrum es vermieden, für die wichtigsten Volksrechte, vor Allem das allgemeine gleiche geheime direkte Wahlrecht im Landtag einzutreten. Durch unser Eintreten in die Landtags-Wahlagitation werden wir den Massen die Glandigkeit und Erbärmlichkeit des Wahlgesetzes, aber auch der bisherigen Landtage vor Augen führen können. Wir werden mit einer Diskreditirung des herrschenden Systems, der herrschenden Volksvertretung endlich anfangen und gründlich damit aufräumen.

Auch eine weitere Aeußerung Hoffmann's hat mich verwundert und steht mit den Thatfachen in Widerspruch. Er sagt: Diejenigen treten am eifrigsten für die Btheiligung an den Landtagswahlen ein, die bei den Reichstagswahlen nichts leisten können. Das heißt die Dinge auf den Kopf stellen. Ich erinnere daran, daß sich die meisten großen Städte Preußens, in denen wir bei den Reichstagswahlen gestiegt haben, für die Btheiligung an den Landtagswahlen erklärt haben: Barmen und Elberfeld, Breslau und Frankfurt a. M., Halle, Königsberg, Altona, Hannover, Linden u. s. w. Demgegenüber steht nur Berlin, Stettin, Köln. Nun stehen aber die Dinge so, daß nach meiner Kenntniß die sorgfältige Erörterung auch in Berliner Genossentreffen das Resultat gehabt hat, daß die Sympathien für eine Wahlbtheiligung gemachsen sind (sehr richtig!), und ich muß ausdrücklich konstatiren, daß gerade in dem Wahlkreis, den Rubel im Reichstag vertritt, die Wahlbtheiligung

beschlossen worden ist, wenn auch mit geringer Mehrheit. — Auch ein Zeichen dafür, daß man da mehr und mehr der Wahlbeteiligung zuneigt. Ich erinnere weiter daran, daß Magdeburg, das früher abseits gestanden hat, jetzt für Wahlbeteiligung eintritt u. s. w. Dafür aber zu sorgen, daß überall der rechte Eifer für die Wahlbeteiligung in die Wählermassen kommt, das wird Sache des Aufklärungsmaterials sein, das wir unzweifelhaft bei einer solchen Agitation bringen werden, und ich wiederhole es, wir dürfen nicht vergessen, daß gerade das Parteibekennenmüssen der bürgerlichen Parteien beim Kandidieren in einer Reihe von Fragen von außerordentlicher Wichtigkeit ist.

Das sind in der Hauptsache die Entgegnungen, die ich zu machen habe. Ich komme jetzt zu den gestellten Anträgen. Parteigenossen! Diejenigen von Euch, die geneigt sind, für das Amendement Hoffmann und Genossen zu stimmen, wollen sich vor Augen halten, daß, wenn der Antrag die Mehrheit finden sollte, wir alsdann genau auf den Standpunkt zurückgeführt werden, auf dem wir 1897 in Hamburg gestanden haben (sehr richtig!), daß wir auf einen toten Punkt ankommen, daß nach dreijährigen Verhandlungen auf vier Parteitag die Schlange sich selbst in den Schwanz beißt und unsere ganzen Verhandlungen ausgehen wie das Hornberger Schießen. (Sehr wahr!) Den Antrag Berlin annehmen, heißt die Sache überhaupt todt machen. Und da sage ich, daß Diejenigen, die für den Antrag stimmen wollen, viel besser die Sache überhaupt zum Fall bringen. — Weiter bemängelt es Ledebour, daß in der Resolution von „Wahlkreisen“, nicht von „Landtags-Wahlkreisen“ gesprochen wird. Ich bin allerdings der Meinung, daß, da in der Resolution nur von Landtagen gesprochen wird, auch nur Landtags-Wahlkreise gemeint sein können; aber wenn er glaubt, daß es zur Klarstellung notwendig ist, sein Amendement anzunehmen, so bin ich dazu bereit, und ich hoffe, daß, wenn es angenommen wird, er der Resolution etwas geneigter ist. (Geisterzeit.) Das Amendement Duard richtet sich nicht prinzipiell gegen meine Resolution, sondern will nur die Wahlbedingungen umformen. Nach meinem Antrag ist es nicht ausgeschlossen, daß sozialdemokratische Wähler für liberale oder andere oppositionelle Wahlmänner eintreten können, wobei ich aber ausdrücklich bemerke, daß meine Absicht nicht dahin geht, daß das in umfangreichem Maße geschehen soll, im Gegenteil wünsche ich, daß überall, wo wir sozialdemokratische Wahlmänner durchbringen können, diese auch aufzustellen und zu wählen sind. Aber das möchte ich namentlich den Anhängern Duard's zur Erwägung geben: Bei den eigenartigen Verhältnissen in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen könnte es dahin kommen, daß wenn wir und die bürgerliche Oppositionspartei uns in Bezug auf die Wahlmänner nicht verständigen, keine der beiden Parteien ihre Wahlmänner durchbringt und wir so den Konservativen zum Siege verhelfen. (Sehr richtig!) Dieser Möglichkeit will ich durch meine Resolution vorbeugen. Erklärt sich die Mehrheit des Parteitages aber für das Amendement Duard, gut. Dann werde ich auch dafür stimmen. Unter allen Umständen aber hoffe ich, daß, wenn das Amendement Duard keine Mehrheit findet, seine Anhänger für meine Resolution stimmen. Ich betrachte das als selbstverständlich. Hoffmann beantragt, in dem Schlußsatz meiner Resolution die Worte „in Preußen“ zu streichen. Damit würde also ausgesprochen, daß künftig der Partei-Vorstand das Zentral-Wahlkomitee für die gesammten deutschen Staaten bildet, wo immer Landtagswahlen stattfinden.

Ich begreife nicht den Standpunkt Hoffmann's. Sie sind der Meinung, es solle Ihnen, speziell den Berlinern, hiermit der Partei-Vorstand als die oberste Entscheidungsbehörde auch in Landtagswahlfragen oktroirt werden. Das ist durchaus nicht der Fall. Die Sache liegt einfach so: wir haben in allen deutschen Staaten Landesorganisationen mit einem Landesvorstand; in Preußen aber haben wir nur Provinzialorganisationen, keinen gemeinsamen

Landesvorstand. Wäre ein solcher vorhanden, so würde er selbstverständlich das Zentral-Wahlkomitee für Preußen bilden. Ihr müßt also einen preussischen Parteitag einberufen, und dagegen habt Ihr ja in Hamburg selbst gestimmt. Und hier seid Ihr als preussische Delegirte ja auch nicht autorisirt, einen solchen Landesvorstand zu wählen. Deshalb sind wir ganz einfach dazu gekommen, den Partei-Vorstand in Berlin zum Zentral-Wahlkomitee für Preußen zu machen, wäre er in Dresden oder München, dann wäre es Niemand eingefallen, Euch das zuzumuthen.

Noch ein paar Worte gegen Stadthagen. Er erklärte es für eine bedenkliche Sache, mit einer relativ kleinen Mehrheit einer starken Minderheit eine Pflicht aufzuerlegen, wie die zur Wahlbeteiligung, und verstieg sich zu der Behauptung, ein solcher Beschluß werde nicht ausgeführt werden, weil sozusagen — er gebrauchte das Wort nicht, aber das war der Sinn — ein passiver Widerstand in die Masse kommen werde. Ich behaupte diese Worte Stadthagen's außerordentlich. Sie stellen einem Theil unserer Partei ein geradezu trauriges Zeugniß aus — unverdient! Ich habe in langer Parteitathätigkeit alle Zeit die Erfahrung gemacht, daß, wenn an einem Ort Genossen noch so heftig opponirt haben gegen Beschlüsse einer Majorität: sobald es zur Entscheidung kam, Mann für Mann dafür eingetreten sind und den Kampf mit einem Eifer geführt haben, daß es der Partei zur Ehre gereichte. Ich habe die Ueberzeugung, ja die Sicherheit, daß, wenn die Mehrheit des Parteitages sich für die Betheiligung entscheiden wird, kein preussischer Genosse, sei es wer es sei, auch nur Miene macht, hinter der Front zurückzubleiben; daß, wenn die Fansare zur Schlacht erllingt, Mann für Mann ins Feld rückt. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Hoffmann-Berlin IV bemerkt persönlich: Bebel hat von einer Beleidigung eines Theils der Wähler durch mich gesprochen. Eine solche hat mir fern gelegen; ich habe dem Sinne nach nur gesagt: Wir haben eine Menge Leute, die nicht politisch reif sind, sondern nur dem Gefühl nach für uns stimmen. Und unter diesen richten wir durch die Betheiligung an den Landtagswahlen Verwirrung an.

Es folgen die Abstimmungen.

Zunächst wird der Antrag 11 der Vorlage, der die Betheiligung an den Landtagswahlen zur Entscheidung der einzelnen Wahlkreise stellen will, mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Darauf wird das Amendement Duard (S. 220) angenommen und gleichfalls das Amendement Ledebour (S. 212), wonach das Wort „Wahlkreise“ in Bebel's Resolution durch „Landtags-Wahlkreise“ ersetzt wird.

Nummehr stellt Singer das Amendement Hoffmann (Antrag 92) zur Abstimmung, wonach Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien, insbesondere Abmachungen wegen gemeinsamer Aufstellung von Wahlmanns-Kandidaten und Kandidaten für die Landtage für nicht zulässig erklärt, und wonach zweitens im Schlußsatz der Resolution Bebel die Worte „in Preußen“ gestrichen werden sollen.

Bebel: Durch den Beschluß, daß nur eigene Kandidaten aufgestellt werden sollen, ist der eine Antrag erledigt.

Ad. Hoffmann-Berlin: Nein, das ist nur für die Wahlmanns-Kandidaten der Fall, mein Antrag handelt aber auch von den Kandidaten für die Landtage.

Singer bestätigt das.

Die Abstimmung über den Antrag Hoffmann ist eine namentliche und ergiebt seine Ablehnung mit 137 gegen 93 Stimmen.

Mit Ja stimmten: Adler = Kiel. Albrecht = Halle. Althaus = Hedernheim. Berger-Rottbus. Berger-Neerane. Bergmann = Ralf. Bren-Hannover. Brunzel = Berlin. Deichmann = Bremen. Dräger = Dresden. Drechsler = Burg. Frau Duncker-Steipzig. Düwell = Offen. Eberhardt-Charlottenburg. Erdmann =

Dortmund. Ernst-Berlin. Coers-Gilbesheim. Forkert-Solingen. Friedrich-Lübeck. Gambel-Worms. Gebauer-Rummelsburg. Gerstenberger-Weißensee. Gerlach-Wanzleben. Giesl-Urnstadt. Gogowski-Posen. Görcke-Charlottenburg. Frau Greifenberg-Augsburg. Grenz-Leipzig. Gruhl-Nowawes. Harris-Friebberg-Wüdingen. Wolf Hoffmann-Berlin. Paul Hoffmann-Berlin. Hoffmann-Hamburg. Höppner-Cotta. Jakobsen-Dittensen. Frau Jörz-Berlin. Jungnickel-Dresden. Jürs-Neumünster. Kaden-Dresden. Kahl-Quisburg. Keil-Wilkau. Kiesel-Berlin. Kees-Magdeburg. Kloth-Leipzig. Roenen-Hamburg. Kof-Schwerin. Kofke-Berlin. Kummel-Barmen. Ledebour-Striesen. Frau Ledebour-Striesen. Markwald-Halberstadt. Meißel-Crimmitschau. Meißel-Röln. Merkowski-Berlin. Mezger-Hamburg. Mehner-Berlin. Michaelis-Walburg. Muder-Wurzen. Müller-Leipzig. Müller-Flensburg. Neufcher-Saarbrücken. Pfarr-Berlin. Pfeiffer-Kassel. Pieper-Spandau. Raab-Pfungstadt. Radloff-Wilhelmsburg. Rees-Eßlingen. Reißhaus-Erfurt. Reiwand-Halle. Sachs-Zwickau. Schmalfeldt-Bremerhaven. Schoenlant-Leipzig. Schöpflin-Chemnitz. Scholz-Berlin. Schwab-Braunschweig. Schubert-Schöneberg. Seyferth-Leipzig. Sindermann-Dresden. Singer-Berlin. Stadthagen-Berlin. Storch-Stettin. Striße-Altenburg. Stubbe-Hamburg. Thomas-Altona. Tümmel-Molmirfeldt. Vetterlein-Cera. Wartenberg-Berlin. Weiße-Berlin. Wichmann-Berlin. Wigorowski-Staßfurt. Wolters-Kresfeld. Wurm-Berlin. Zubeil-Berlin.

Mit Nein stimmten: Adé-Dortmund. Auer-Berlin. Anrick-Berlin. Baerer-Harburg. Baudert-Apolda. Bebel-Berlin. Bérard-Hamburg. Berthold-Darmstadt. Bloß-Stuttgart. Böhle-Strasbourg. Bornann-Hannover. Brandes-Magdeburg. Braun-Rönigsberg. Brühne-Frankfurt a. M. Brühns-Breslau. Buder-Forst i. L. Wullmer-Würzburg. Burkhold-Zittau. Busold-Friedberg. Calwer-Charlottenburg. Cramer-Darmstadt. Craß-Fechenheim. David-Mombach. Deinhardt-Erlangen. Denner-Waltershausen. Diez-Stuttgart. Dreesbach-Mannheim. Efftinge-Wandäbed. Eichhorn-Mannheim. Eignert-Offenbach. v. Elm-Hamburg. Emmel-Mühlhausen. Engler-Freiburg i. B. Ehrhart-Ludwigshafen. Erdmann-Röln. Effer-Minden. Faber-Frankfurt a. D. Fauth-Mehlar. Fendrich-Karlsruhe. Feudner-Kreuznach. Fischer-Berlin. Fischer-Zittau. Förster-Hamburg. Franz-Hechtsheim. Friedberg-Mainz. Friedrich-Darmstadt. Frohme-Hamburg. Geck-Offenbach. Gerisch-Berlin. Gesser-Vieher. Gewehr-Elberfeld. Geyer-Leipzig. Göller-Frankfurt a. M. Grimpe-Elberfeld. Günther-Rochlitz. Gruenwaldt-Hamburg. Haase-Berlin. Haase-Königsberg. Habicht-Frankfurt a. M. Haller-Hamburg. Herrmann-Nürnberg. Herzfeld-Berlin. Hoch-Hanau. Hofmann-Chemnitz. Hübler-Plauen. Hug-Want. Jens-Dittensen. Käppler-Altenburg. Kaufmann-Zwönitz. Keller-Görlitz. Klement-Kaiserlautern. Klingenhausen-Herford. Köhne-Wiesefeld. König-Vochum. Kühn-Langenbielau. Köhn-Döbeln. Kunert-Berlin. Kynast-Nürnberg. Lesche-Hamburg. Leutert-Apolda. Liebmann-Mainz. Lösch-Schney. Manasse-Berlin. Mehlhaff-Hamburg. Meister-Hannover. Mohring-Liegnitz. Mollenbuh-Hamburg. Müller-München I. Müller-Mutterstadt. Nischke-Großenhain. Oberländer-Zeulenroda. Ohlenborn-Braunschweig. Opificius-Pforzheim. Orbig-Gießen. Otto-Dresden. Pfannkuch-Berlin. Pidelmann-München. Florin-Halle. Duard-Frankfurt a. M. Renner-Augsburg. Riegel-Pirna. Rieger-Röln. Riemann-Chemnitz. Rohrsch-Jzeho. Sädler-Schweinfurt. Scheibe-Hartmannsdorf. Scheidemann-Nürnberg. Scherm-Nürnberg. Schmitt-München. Schneider-Haspe. Schulze-Coffeubaude. Seifert-Zwickau. Seyther-Stuttgart. Sidow-Brandenburg. Stabe-Celle. Staroffon-Rostock. Stein-Neußadt a. d. Haardt. Stille-Bergedorf. Stubenreich-Doggersheim. Südekum-Dresden. Ullendaum-Elberfeld. Ulrich-Offenbach a. M. Ulrich-Stuttgart. Wasner-Stuttgart. Weber-Sonneberg. Weirich-Hannover. Weißmann-Halle a. S. Woldersky-Berlin. Wolde-Berlin. Zahn-Mühlheim a. M.

Zenter-Wiesefeld. Zellin-Zundel-Stuttgart. Zick-Fürth. Zies-Hamburg. Zorn-Fürth.

Mit gestimmt haben: Eisner-Berlin. Gaud-Ludwigshafen. Horn-Röschkenroda. Frau Lugenburg-Berlin. Nau-Mühlheim a. M. Rosenow-Berlin. Schauer-Weidenheim. Schmidt-Frankfurt a. M. Schulz-Erfurt. Segis-Nürnberg. Sommer-Weidenheim. Stolte-Gesau. Vollmar-München.

Durch diesen Beschluß sind alle weiteren, zur Frage der Landtagswahlen vorliegenden Anträge erledigt.

Nunmehr gelangt die Resolution Bebel, wie sie durch Annahme des Amendement Duard endgültig gestaltet ist, zur Abstimmung. Sie lautet nun:

„Der Parteitag wolle beschließen: In benjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlssystem besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen mit eigenen Wahlmännern in die Wahl-agitation einzutreten. — Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Partei-Vorstand das Central-Wahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keine Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen.“

Die namentliche Abstimmung ergibt die Annahme dieser Resolution mit 163 gegen 66 Stimmen.

Mit Ja stimmten: Adé-Dortmund. Albrecht-Halle. Anrick-Berlin. Auer-Berlin. Baerer-Harburg. Baudert-Apolda. Bebel-Berlin. Bérard-Hamburg. Berger-Kottbus. Berger-Neerane. Berthold-Darmstadt. Bloß-Stuttgart. Brandes-Magdeburg. Boehle-Strasbourg. Bornann-Hannover. Braun-Rönigsberg. Brey-Hannover. Brühns-Breslau. Brühne-Frankfurt a. M. Buder-Forst i. L. Wullmer-Würzburg. Burkhold-Zittau. Busold-Friedberg. Calwer-Charlottenburg. Cramer-Darmstadt. Craß-Fechenheim. David-Mombach. Deinhardt-Erlangen. Denner-Waltershausen. Diez-Stuttgart. Dräger-Dresden. Drechsler-Burg b. M. Dreesbach-Mannheim. Efftinge-Wandäbed. v. Elm-Hamburg. Eichhorn-Mannheim. Eignert-Offenbach. Ehrhart-Ludwigshafen. Emmel-Mühlhausen. Engler-Freiburg i. B. Erdmann-Dortmund. Erdmann-Röln. Effer-Minden. Faber-Frankfurt a. D. Fauth-Mehlar. Fendrich-Karlsruhe. Feudner-Kreuznach. Fischer-Berlin. Fischer-Zittau. Förster-Hamburg. Franz-Hechtsheim. Friedberg-Mainz. Friedrich-Darmstadt. Frohme-Hamburg. Gambel-Worms. Geck-Offenbach. Gerisch-Berlin. Gerlach-Halberstadt. Gesser-Vieher. Gemehr-Elberfeld. Geyer-Leipzig. Gogowski-Posen. Göller-Frankfurt a. M. Grimpe-Elberfeld. Gruenwaldt-Hamburg. Günther-Rochlitz. Haase-Berlin. Haase-Königsberg. Habicht-Frankfurt a. M. Haller-St. Alban. Haupt-Magdeburg. Herrmann-Nürnberg. Herzfeld-Berlin. Hoch-Berlin. Hoch-Hanau. Hofmann-Chemnitz. Hoffmann-Hamburg. Höppner-Cotta. Hug-Want. Hübler-Plauen. Jens-Dittensen. Jungnickel-Dresden. Käppler-Altenburg. Kaufmann-Zwönitz. Klement-Kaiserlautern. Klingenhausen-Herford. Roenen-Hamburg. Köhne-Wiesefeld. König-Vochum. Kof-Schwerin. Kühn-Döbeln. Kühn-Langenbielau. Kummel-Barmen. Kunert-Berlin. Kynast-Nürnberg. Lesche-Hamburg. Leutert-Apolda. Liebmann-Mainz. Lösch-Schney. Manasse-Berlin. Mehlhaff-Hamburg. Meister-Hannover. Mehner-Berlin. Mohring-Liegnitz. Mollenbuh-Hamburg. Müller-Flensburg. Müller-Mutterstadt. Müller-München I. Neufcher-Saarbrücken. Nischke-Großenhain. Oberländer-Zeulenroda. Ohlenborn-Braunschweig. Opificius-Pforzheim. Orbig-Gießen. Otto-Dresden. Pfannkuch-Berlin. Pidelmann-München. Florin-Halle. Duard-Frankfurt a. M. Raab-Pfungstadt. Radloff-Wilhelmsburg. Reiwand-Halle. Renner-Augsburg. Riegel-Pirna. Rieger-Röln. Riemann-Chemnitz. Rohrsch-Jzeho. Sädler-Schweinfurt. Scheibe-Hartmannsdorf. Scheidemann-Nürnberg. Scherm-Nürnberg. Schmitt-München. Schneider-Haspe. Schöpflin-Chemnitz. Schulze-Coffeubaude. Seifert-Zwickau. Seyther-Stuttgart. Sidow-Brandenburg. Stabe-Celle. Staroffon-Rostock. Stein-Neußadt a. d. Haardt. Stille-Bergedorf. Stubenreich-Doggersheim. Südekum-

Dresden. Lümme-Wolmirstedt. Ullenbaum-Eberfeld. Ulrich-Offenbach a. M. Ulrich-Stuttgart. Vetterlein-Gera. Wasner-Stuttgart. Webber-Sonneberg. Weirich-Hannover. Weismann-Halle a. S. Wolderstky-Berlin. Wolbit-Berlin. Wolters-Krefeld. Wurm-Berlin. Zahn-Mühlheim a. M. Zentner-Bielefeld. Zeitlin-Zwandel-Stuttgart. Zid-Fürth. Zieg-Hamburg. Zorn-Fürth.

Mit **Nein** stimmen: Adler-Kiel. Bergmann-Kalk. Berthold-Darmstadt. Brunzel-Berlin. Deichmann-Bremen. Duncker-Leipzig. Düwell-Gießen. Eberhardt-Charlottenburg. Ernst-Berlin. Evers-Hildesheim. Fortert-Solingen. Friedrich-Lübeck. Gebauer-Hummelsburg. Gerstenberger-Weipensee. Gisel-Arnstadt. Goerte-Charlottenburg. Greifenberg-Augsburg. Grenz-Leipzig. Gruhl-Romwes. Harris-Friedberg. Heine-Hamburg. Adolf Hoffmann-Berlin. Paul Hoffmann-Berlin. Jantzen-Ottensen. Jhrer-Pankow. Jürs-Neumünster. Kadon-Dresden. Kahl-Duisburg. Keil-Wilkau. Keller-Görlitz. Kiesel-Berlin. Klees-Magdeburg. Kloth-Leipzig. Kocke-Berlin. Ledebour-Striesen. Frau Ledebour-Striesen. Markwald-Weißel-Crimmitschau. Meißel-Köln a. M. Merckowski-Berlin. Michaelis-Waldenburg i. Schl. Mucker-Burgen. Müller-Leipzig. Pfarr-Berlin. Pfeiffer-Cassel. Pieper-Spandau. Reißhaus-Erfurt. Sachse-Zwickau. Schmalfeldt-Bremerhaven. Schoenlant-Leipzig. Scholz-Berlin. Schrader-Bramsche. Schubert-Schöneberg. Seyferth-Leipzig. Simbermann-Dresden. Singer-Berlin. Stadthagen-Berlin. Storch-Stettin. Striße-Altenburg. Stubbe-Hamburg. Thomas-Altona. Wartenberg-Berlin. Weiße-Berlin. Wichmann-Berlin. Wjorowski-Staßfurt. Zubeil-Berlin.

Nicht gestimmt haben: Althaus-Hebdenheim. Eisner-Berlin. Gaud-Ludwigshafen. Horn-Röhschenbroda. Luxemburg-Berlin. Metzger-Hamburg. Nau-Mühlheim a. M. Nees-Görlingen. Rosenow-Berlin. Schaurer-Weidenheim. Schmidt-Frankfurt a. M. Schulz-Erfurt. Segiß-Nürnberg. Sommer-Weinheim. Stolle-Gesau. Vollmar-München.

Singer: Ich habe dem Parteitag noch einige Mittheilungen zu machen. Die Genossin Luxemburg hat zu Protokoll erklärt, daß sie verhindert gewesen sei, an der Abstimmung theilzunehmen; sie würde für das Amendement Hoffmann und gegen die Resolution Bebel gestimmt haben.

Die Fraktion hatte Bebel, Liebknecht und mich als Vertreter der Gesamtpartei nach Paris delegirt. Bebel ist in Folge einer Erkrankung verhindert, die Reise zu unternehmen, die hier anwesenden Fraktionsmitglieder haben an seiner Stelle einstimmig Auer delegirt. (Beifall.)

Zur Geschäftsordnung bemerkt:

Brühns-Breslau: Ich handle gewiß in Ihrer aller Einverständnis, wenn ich jetzt am Ende unserer Arbeiten dem Bureau für seine aufopferungsvolle Thätigkeit und für die geschickte Leitung der Verhandlungen unseren Dank ausspreche. (Zustimmung.) Wenn wir heute Nachmittag Gelegenheit haben werden, des Lebens Freuden auf einer herrlichen Rheinfahrt zu genießen, so wird dies Gefühl der Dankbarkeit besonders lebhaft werden, denn diese Rheinfahrt ist nur durch die geschickte und energische Führung der Geschäfte möglich geworden. Im Weiteren bin ich wohl Ihrer Zustimmung sicher, wenn ich in Ihrem Namen auch den Kommissionen, der Mandat-Prüfungskommission und der Kommission zur Vorberathung des Organisations-Entwurfs, den Dank aller Theilnehmer für ihre Thätigkeit ausspreche. (Bravo!)

Singer: Namens des Bureau's und Namens der Mitglieder, die in Kommissionen gearbeitet haben, danke ich Ihnen für die eben gehörten freundlichen Worte, mit denen Sie sich durch Ihre Zustimmung einverstanden erklärt haben. Möge es auch dem Bureau der künftigen Parteitage vergönnt sein, so wie diesmal durch reiche Erfahrungen seitens der Delegirten unterstützt zu werden! Ich erfülle die freudige Pflicht, den Mainzer Parteigenossen für ihre aufopferungsvolle Thätigkeit während unserer Verhandlungen und für die schönen Veranstaltungen den Dank des Parteitags auszusprechen. Jeder von

uns wird sich gern und freudig des schönen Empfangsabends erinnern. Ganz besonders aber fühle ich mich verpflichtet, dem genialen Meister und seinen Schülern für die trefflichen Gesangsaufführungen am Empfangsabend von dieser Stelle aus zu danken. (Beifall.) Der gestrige Kommers, dem ich persönlich zu meinem Bedauern nicht beiwohnen konnte, hat, wie ich höre, einen so guten Eindruck hinterlassen, daß, wenn es möglich wäre und die Parteipflichten uns nicht daran hinderten, am liebsten auch für den Ort des nächsten Parteitags das goldene Mainz außersehen würde. (Heiterkeit.)

Wir haben mit Eifer und Energie, aber ohne Hast und Ueberbürdung unsere Arbeiten beendet. Wenn ich daran denke, was die bürgerliche Presse über unseren Parteitag schreibt, so kann ich mich eines Lächelns nicht erwehren. Wir waren der bürgerlichen Presse diesmal nicht temperamentvoll genug, d. h. es hat an dem, woran die gegnerische Presse sich am meisten ergötzt, an turbulenten Szenen oder harten Ausdrücken gefehlt. Wir legen darauf, was die bürgerliche Presse schreibt, kein Gewicht, es ist absolut gleichgiltig, denn den Gegnern können wir es ja niemals recht machen. Treten schroffe Gegensätze auf, so spekuliren sie auf eine Spaltung und ärgern sich hinterher, wenn sie nicht eingetreten ist. Werden unsere Geschäfte mit Ruhe, ohne besondere Aufregung, in voller Sinnmüthigkeit erledigt, so sagen sie, der Parteitag ist philisterrhaft, der alte Schwung, die alte Verve hat gefehlt. (Heiterkeit.) Zum Glück läßt uns die Zustimmung und der Tadel der Gegner gleich kalt. Wir haben auf dem Parteitag Klarheit über eine Frage geschaffen, die in der Partei nun einmal auf der Tagesordnung stand, und die — darüber sind sich Gegner und Anhänger der Wahlbetheiligung einig — durch das Wagniß einmal zum Austrag gebracht werden muß, damit wir wissen, welche Auffassung die richtige war (Zustimmung), und ich kann Ihnen ehrlich gestehen, als einem der eifrigsten Gegner der Wahlbetheiligung ist mir der Zustand, der jetzt geschaffen ist, immer noch lieber, als das Hängen und Bangen der letzten Jahre. (Sehr richtig.) Wir haben uns ausgesprochen, der Parteitag hat entschieden, wir werden sehen, wer recht behält; ich glaube, wir behalten recht. (Heiterkeit. Bebel ruft: Nein, wir!)

Abgesehen von den eigentlichen Geschäften für die Partei gipfelte unsere Thätigkeit in der einmüthigen Verurtheilung des sich in den Vordergrund drängenden politischen Regiments, in der einmüthigen Verurtheilung der absolutistischen Neigungen und der Mißachtung der Volksvertretung. Dieser einmüthige Protest wird den heutigen Machthabern zum Bewußtsein bringen, daß die weitest aus stärkste politische Partei Deutschlands, daß die in der Sozialdemokratie politisch organisirte Arbeiterklasse Widerpruch gegen eine solche Politik erhebt. Dieser einmüthige Protest findet seine logische Fortsetzung in dem internationalen Pariser Kongreß, zu dem ein Theil von uns jetzt sich begeben wird.

Dort in Paris wird das Proletariat aller Länder, wird die internationale Sozialdemokratie sich eben so einmüthig unserem Protest anschließen und wir werden im Gegensatz zu der Hanger Friedenskomödie eine Friedenskundgebung des internationalen Proletariats erleben, wie sie schärfer nicht gedacht werden kann. Uns aber, den deutschen Delegirten, steht in Paris noch eine andere Aufgabe bevor. Wir werden in den Verhandlungen wiederum den Beweis zu liefern haben, daß die deutsche Sozialdemokratie sich eins fühlt mit der Sozialdemokratie aller Länder, und ich bezweifle nicht, daß ich im Sinne jedes Einzelnen von Ihnen spreche, wenn ich Sie bitte, uns zu beauftragen, den Bruderparteien aller Länder die Grüße der deutschen Sozialdemokratie zu überbringen und damit die Versicherung zu verbinden, daß die deutsche Sozialdemokratie entschlossen ist, die internationale Solidarität zu wahren im Kampfe für die Befreiung des Proletariats aller Länder, und Schulter an Schulter mit den Genossen aller Länder weiter zu kämpfen! (Lebhafter Beifall.)

Diese Versicherung Namens der deutschen Sozialdemokratie abzugeben, halten wir uns durch Ihre Zustimmung für berufen. Bektäftigten Sie diese Versicherung und bekunden Sie, daß wir auch in Deutschland unsere alten Wege wandeln wollen, indem Sie mit mir einstimmen in den Ruf: die internationale, die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Delegierten stimmen drei Mal begeistert in den Ruf ein und singen den ersten Vers der Marseillaise.

Singer erklärt den Parteitag für geschlossen.

Schluß 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Ergebniß der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

Wortlaut der Anträge 1—98 Seite 88—98. Die in Klammern beigefügte Seitenzahl besteht sich auf die Abstimmung.

Nicht genügend unterstützte Anträge.

2. 3 (S. 105). 4 (S. 180). 36. 38. 39. 40. 45 (S. 170). 46. 49. 50. 51 (S. 179). 55 (S. 121). 57. 58. 60. 77 (S. 180).

Durch Abstimmung oder Kommissionsüberweisung erledigte Anträge.

1 (S. 106). 5—12 (S. 241). 13—35 (S. 152). 37 (S. 170). 56 (S. 241). 61 (S. 152). 68. 71—74. 76. 79. 82—84. 86—89 (S. 152).

Abgelehnte Anträge.

41. 42. 44 (S. 171). 53. 54 (S. 131). 59 (S. 231). 62 (S. 183). 67 (S. 231). 69 (S. 131). 78. 80 (S. 175). 81 (S. 231). 90 (S. 183). 92 (S. 239).

Angenommene Anträge.

Antrag 12a (Organisations-Statut der Partei), 43 (Neu-Herausgabe des Vereins- und Versammlungsrechts S. 171), 47 (Verbot der Annoncenaufnahme von Firmen, über die Streit oder Sperre verhängt ist S. 174), 48 (Agitation gegen Verschlechterung des Krankenlastergesetzes S. 180), 52 (Fraktionsantrag auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen S. 131), 63 (Meißeier-Resolution S. 154), 64 (Welt-politik-Resolution S. 170, Wortlaut siehe unten), 65 (Verkehrs- und Handelspolitik-Resolution S. 212, Wortlaut siehe unten), 66 (Wandtagswahl-Resolution S. 239, Wortlaut siehe unten), 70 (Parlamentarische Aktion gegen preussische Polenpolitik S. 131), 75 (Größere Berücksichtigung der Arbeiterinnen-Interessen in der Parteipresse S. 174), 85 (Abend nächster Parteitag S. 231), 91 (Ausnahme des Frauenkonferenz-Protokolls in das Parteitag-Protokoll S. 200), 93 (Amendement zur Handelspolitik-Resolution) S. 212 und Resolution Scheibe (beir. Kopfennoth S. 170) S. 179, Antrag König auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags die Wohnungsfrage zu setzen S. 183).

Resolutionen und Anträge

die im Laufe der Verhandlungen Abänderungen erfahren haben.

Antrag 64. (Resolution zum Referat über Weltpolitik):

Der Parteitag erklärt:

Die zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Machtentfaltung betriebene Welt-beziehentlich Kolonialpolitik, wie sie neuerdings auch in dem Zuge nach China zum Ausdruck kommt, entspringt in erster Linie dem habgierigen Verlangen der Bourgeoisie nach neuen Gelegenheiten zur Unterbringung des sich ansammelnden Kapitals, dem die Ausbeutungsmöglichkeiten im Inlande nicht mehr genügen, sowie dem Drang nach neuen Absatzmärkten, die jedes Land für sich zu verwirklichen trachtet.

Diese Politik beruht auf der gewalttätigen Aneignung fremder Ländergebiete und der rücksichtslosen Unterjochung und Ausbeutung der in denselben wohnenden Völkerschaften; sie führt aber auch nothwendig zur Demoralisation und Verrohung der ausbeutenden Elemente, die ihre Raubgier durch die verwerflichsten, ja selbst unmenschlichsten Mittel zu befriedigen streben und dadurch fortgesetzt Empörungen der Mißhandelten hervorrufen.

Die überseeische Eroberungs- und Raubpolitik führt ferner zu Eifersüchteleien und Neigungen der rivalisierenden Mächte und in Folge dessen zu unerträglichen Kollisionen zu Wasser und zu Lande; sie enthält den Keim zu gefährlichen internationalen Konflikten, welche die auf friedlichem Wege mühsam erlangenen Kultur- und Verkehrsbeziehungen in Frage stellen, soziale Reformen im Innern verhindern und schließlich eine allgemeine Katastrophe wahrscheinlich machen.

Die Sozialdemokratie als Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen erhebt gegen diese Raub- und Eroberungspolitik den entschiedensten Widerspruch. Sie verlangt, daß die wünschenswerthen und erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde dadurch verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheit, sowie die Unabhängigkeit dieser Völkerschaften geachtet und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Zivilisation gewonnen werden. Die gegenwärtig von der Bourgeoisie und den militärischen Machthabern aller Nationen angewendeten Methoden sind der blutige Hohn auf Kultur und Zivilisation.

Der Parteitag erklärt im Besonderen:

Die deutsch-chinesische Kriegspolitik, für welche die Reichsregierung die Verantwortung übernommen hat, beruht außer auf der allgemeinen Profnutth der Bourgeoisie, auf militärischer Raubgier und der chauvinistischen und ehrgeizigen Leidenschaft, ein „größeres Deutschland“ zu schaffen.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hält diese Politik für verwerflich und erhebt den entschiedensten Widerspruch gegen die abenteuerliche gewalttätige Chinapolitik der Regierung, welche für das Volk schwere Gefahren herbeiführt und ungeheure Opfer an Gut und Blut erfordert.

In den ohne Verjaugung und Genehmigung der Volksvertretung vorgenommenen Truppenbewegungen nach China, sowie in der Verwendung der hierzu erforderlichen Geldmittel erblickt der Parteitag einen verfassungswidrigen und daher ungesetzlichen Akt der Regierungsgewalt. Der Parteitag erklärt den sofortigen Zusammentritt des Reichstages für geboten, um den Vertretern der Arbeiterklasse die Möglichkeit zu schaffen, die absolute Gewaltpolitik der Regierung sowie die volksfeindliche Politik der Parteien zu brandmarken, welche der Mißachtung der Volksvertretung und dem persönlichen Regiment Vorzug leisten.

Der Parteitag fordert schließlich alle Organe der Partei auf, durch energische Ausbreitung der Protestbewegung die volksfeindliche Chinapolitik zu bekämpfen. Singer.

Resolution gegen den Transvaal-Krieg (S. 170):

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärt sich in Uebereinstimmung mit den organisierten englischen Arbeitern gegen den Raubkrieg des englischen Kapitalismus, der zur gewalttätigen Unterdrückung der Transvaal-Republik geführt hat.

Der Parteitag erkennt in dieser brutalen Aktion eine Wirkung jenes völkerverwüsthenden Kapitalismus, der Klassen und Nationen zum Vortheil einer kleinen Anzahl skrupelloser kapitalistischer Beutepolitik ausplündert und unterjocht.

Da die bürgerlichen Klassen in Deutschland, die in erheuerlicher sittlicher Enttöpfung über diese Raubpolitik sich nicht genug thun konnten, jetzt selber sich durch ihre Chinapolitik zum Mitschuldigen gemacht haben, erhebt die deutsche Arbeiterklasse, deren Sympathie stets auf Seiten aller Unterdrückten oder für ihre Freiheit und Selbständigkeit kämpfenden Völker, auch bei dieser Gelegenheit ihre Stimme für Humanität, Kultur und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Antrag 65 (Resolution zum Referat über Verkehrs- und Handelspolitik):

In dem Ausgleich der Produktions- und vornehmlich der Arbeitsbedingungen auf dem nationalen sowie dem internationalen Arbeitsmarkt erblickt die Sozialdemokratie eine